

# Stenographisches Protokoll

## 27. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

X. Gesetzgebungsperiode

Montag, 4. November 1963

### Tagesordnung

Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1964

### Inhalt

#### Nationalrat

Mandatsniederlegung des Abgeordneten Doktor Gredler (S. 1309)  
Angelobung des Abgeordneten Dr. Broesigke (S. 1309)

#### Personalien

Krankmeldungen (S. 1309)  
Entschuldigungen (S. 1309)

#### Bundesregierung

Zuschrift des Bundeskanzlers Dr. Gorbach:  
Betreuung des Vizekanzlers DDr. Pittermann mit der zeitweiligen Vertretung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Kreisky (S. 1310)  
Schriftliche Anfragebeantwortung (S. 1308)

#### Ausschüsse

Zuweisung des Antrages 78 (S. 1309)

#### Regierungsvorlagen

255: Erleichterung der Tätigkeit der Klubs der wahlwerbenden Parteien im Nationalrat — Finanz- und Budgetausschuß (S. 1310)

256: Kulturgroschengesetz-Novelle 1963 — Unterrichtsausschuß (S. 1310)

### Verhandlung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1964 (249 d. B.)

#### Erste Lesung

Redner: Dr. Kandutsch (S. 1310), Uhlir (S. 1318) und Dr. Withalm (S. 1326)  
Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuß (S. 1336)

### Eingebracht wurde

#### Anfrage der Abgeordneten

Dr. van Tongel und Genossen an den Bundesminister für Justiz, betreffend vorzeitige Entlassung des Wiener Doppelmörders Anton Hoffmann aus der Strafhaft nach Verbübung von weniger als der Hälfte seiner Haft (51/J)

### Anfragebeantwortung

#### Eingelangt ist die Antwort

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfragen des Abgeordneten Weidinger (52/A.B. zu 220/M und 221/M)

## Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Vorsitzende: Präsident Dr. Maleta,  
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner.

der Herr Abgeordnete die Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Czettel, um die Verlesung der Gelöbnisformel.

*Schriftführer Czettel verliest die Gelöbnisformel. — Abgeordneter Dr. Broesigke leistet die Angelobung.*

Präsident: Ich begrüße den neuen Herrn Abgeordneten herzlich in unserer Mitte.

Den eingelangten Antrag 78/A der Abgeordneten Anna Czerny und Genossen, betreffend ein Fleischhygienegesetz, weise ich dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft zu. Wird gegen diese Zuweisung ein Einwand erhoben? — Dies ist nicht der Fall.

Die schriftliche Ergänzung der mündlichen Beantwortung der Anfrage 220/M des Abgeordneten Anton Weidinger, betreffend den Verkauf von österreichischem Grund an Nicht-österreicher, und 221/M, betreffend den Verlust von landwirtschaftlicher Nutzfläche durch Bauten, die an den Herrn Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft gerichtet waren, wurde dem Anfragsteller übermittelt.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 26. Sitzung vom 30. Oktober 1963 ist in der Kanzlei aufgelegt, unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Reich, Stürgkh und Krempel.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Theodor Černý, Dr. Hauser, Luhamer, Doktor Tončić-Sorinj und Černetz.

Seitens der Hauptwahlbehörde ist die Mitteilung eingelangt, daß Herr Abgeordneter Dr. Willfried Gredler sein Nationalratsmandat zurückgelegt hat und an seiner Stelle Herr Dr. Tassilo Broesigke in den Nationalrat berufen worden ist.

Da der Wahlschein bereits vorliegt und Herr Dr. Tassilo Broesigke im Hause anwesend ist, nehme ich sogleich seine Angelobung vor. Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch den Schriftführer wird

1310

Nationalrat X. GP. — 27. Sitzung — 4. November 1963

**Präsident**

Diese Ergänzung der Anfragebeantwortung wurde auch vervielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Czettel, um die Verlesung des Einlaufes.

**Schriftführer Czettel:** Vom Herrn Bundeskanzler ist folgendes Schreiben eingelangt:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates.

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschließung vom 31. Oktober 1963, Zl. 11.544/63, über meinen Antrag gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 für die Dauer der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten Dr. Bruno Kreisky den Vizekanzler DDr. Bruno Pittermann mit dessen Vertretung betraut.

Hievon beehe ich mich mit dem Ersuchen um gefällige Kenntnisnahme Mitteilung zu machen.

Dr. Gorbach“

**Präsident:** Dient zur Kenntnis.

Ich ersuche den Schriftführer, in der Verlesung des Einlaufes fortzufahren.

**Schriftführer Czettel:** Von der Bundesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

Bundesgesetz, mit dem die Tätigkeit der Klubs der wahlwerbenden Parteien im Nationalrat erleichtert wird (255 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Kulturgroschen gesetz neuerlich abgeändert wird (Kulturgroschengesetz-Novelle 1963) (256 der Beilagen).

*Es werden zugewiesen:*

255 dem Finanz- und Budgetausschuß;  
256 dem Unterrichtsausschuß.

**Erste Lesung der Regierungsvorlage betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1964 (249 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gehen nunmehr in die Tagesordnung ein und gelangen zu deren einzigm Punkt: Erste Lesung der Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1964.

Wir gehen in die Debatte ein. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kandutsch. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Dr. Kandutsch (FPÖ):** Hohes Haus! Meine Damen und Herren! In einer Rede im Burgenland hat Finanzminister Dr. Korinek den von ihm vorgelegten Budgetentwurf für das Jahr 1964 als real und seriös bezeichnet.

Wir Freiheitlichen können dieser höchst positiven Beurteilung, in der ein gutes Stück Eigenlob steckt, nicht beipflichten. Zwar ist das äußere Bild, die Budgetoptik, nicht so ungünstig, wie dies bei den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in Österreich zu befürchten war. Doch je mehr man das äußere Budgetbild retuschierte, desto weiter entfernte man sich von der Budgetwahrheit.

In der Finanzpolitik sind wie in jeder Bilanz die Erfordernisse der Wahrheit und Klarheit identisch mit Realismus und Seriosität. Es ist heute meine Aufgabe, aufzuzeigen, daß der dem Parlament vorliegende Haushaltsentwurf weder real noch seriös ist.

Erinnern wir uns der verschiedenen Phasen in den Vorverhandlungen über dieses Budget auf Beamten- und Ministerebene. Jeder Finanzminister macht in dieser Zeit wundersame Verwandlungen durch. Zuerst einmal wird die öffentliche Meinung durch Katastrophenmeldungen in einen abgrundtiefen Pessimismus gestürzt. So hieß es zum Beispiel heuer, daß die Mehranforderungen aller Ressorts für das kommende Jahr 12 Milliarden Schilling betragen und daß bei ihrer Erfüllung ein Defizit von 8 Milliarden entstehen müßte, das weder finanz- noch konjunkturpolitisch auch nur im geringsten zu verantworten wäre. Der Finanzminister verkündete, daß er auf Grund einer ziemlich einheitlichen Beurteilung der kommenden Wirtschaftsentwicklung durch die verschiedenen hierzu berufenen Institutionen, wie das Wirtschaftsforschungsinstitut, die Nationalbank und so weiter, einen Gesamtabgang von 3,5 Milliarden Schilling für tragbar, ja konjunkturpolitisch sogar für richtig halte.

Wenn man nun berücksichtigt, daß das ziffernmäßige Defizit des ordentlichen und des außerordentlichen Bundesvoranschlages zusammenommen knapp 4 Milliarden ausmacht, so könnte man versucht sein, dem Herrn Finanzminister zu seinem Erfolg zu gratulieren. Wenn's wahr wäre! Ich habe aber den Verdacht, daß der Herr Finanzminister in seiner früheren Eigenschaft als Generalsekretär der Bundeswirtschaftskammer häufig Gelegenheit hatte, die international so erfolgreichen österreichischen Friseurmeister bei ihrer Tätigkeit zu beobachten. In den letzten Jahren hat sich eine neue Haarmode für unsere Damen entwickelt, wobei das Haar durch übertriebenes Hochfrisieren in eine unnatürliche Lage gebracht und daraufhin gelackt wird, damit die an Nofretete gemahnende Frisur auch hält. Das ganze nennt sich Toupiere. Wenn man bei der Budgeterstellung die Einnahmen und Ausgaben so manipuliert, daß ein scheinbarer Budgetausgleich erfolgt, so kann man diese Tätigkeit ein

**Dr. Kandutsch**

Düpieren der Öffentlichkeit nennen, und der stabilisierende Lack ist der Optimismus des Herrn Finanzministers.

Ich sprach schon von der wundersamen Wandlung unseres Finanzministers und seiner Vorgänger. Kaum ist nämlich ein Budgetvoranschlag fertig, wird aus dem professionellen Pessimisten ein glühender Optimist, der das von ihm konzipierte — ich sage bewußt nicht: gezeugte — Kind mit einer Art von synthetischem Vaterstolz über den grünen Klee lobt.

Hier muß ich dem Finanzminister, aber auch seinen Vorgängern Gerechtigkeit widerfahren lassen. Es gab und gibt keine Kamitz-, Klaus- oder Korinek-Budgets, sondern immer nur eine Budgetpolitik der Koalition. Die Methode, Regierungspartei und Opposition zugleich zu spielen, ist in ihrer Verwerflichkeit längst in der Öffentlichkeit erkannt. Sie hat diese Koalition in weiten Kreisen unseres Volkes unpopulär werden lassen. Was nämlich einst als Koalition ein Schutz- und Trutzbündnis während der Besatzungszeit gewesen ist, entartete später zu einer Proporzgesellschaft mit Beschränktheit und ohne Haftung, die schon lange nicht mehr in der Lage ist, lebenswichtige Probleme grundlegend und langfristig zu lösen.

Auch dieses Bundesbudget, meine Damen und Herren, bringt keine Beseitigung struktureller Schwächen unseres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Daseins. Es ist vielmehr noch immer der Ausdruck jenes politischen Stils, der der Koalition anhaftet: vom Improvisieren zum Zufallsprodukt, von der gegenseitigen Behinderung im Regieren bis zur erpreßten Lösung, die vielleicht dem Augenblick entspricht, aber keinen Bestand hat. Da gerade der Bundesvoranschlag die Koalitionspolitik in reinster Form widerspiegelt, ist es für uns Freiheitliche selbstverständlich, auch diesem Budgetentwurf so wie allen anderen in der Vergangenheit unsere Zustimmung zu versagen.

Wie ist es nun möglich gewesen, daß der Entwurf des Voranschlages zwar auch erst im letzten Augenblick, aber noch rechtzeitig fertig werden konnte? Nach Angabe des Herrn Finanzministers geschah dies in den Morgenstunden des 22. Oktober, in Morgenstunden, die mir wenig Gold im Munde gehabt zu haben scheinen!

Erstens: Der Schlüssel zur Beantwortung dieser Frage liegt im letzten Teil der Rede des Finanzministers. Er sprach dort vom Prüfstein, den die Budgetberatungen bildeten, ob nämlich im Geiste der Zusammenarbeit noch konstruktive Lösungen gefunden werden können. Mit anderen Worten und richtiger ausgedrückt: Der Finanzminister hatte ein-

fach von seiner Partei den Auftrag, die Verhandlungen so zu führen, daß die Koalitionskrise nicht verschärft und die ÖVP, koste es was es wolle, in der Regierung bleiben würde. (*Abg. Dr. Hurdes: Na! Na! — Abg. Hartl: Dann hätten Sie mitgeholfen!*)

Wenn man vergleicht, in welchem Umfang die sozialistischen Ressorts an der Ausweitung des Budgets um 3,9 Milliarden Schilling oder 6,3 Prozent besser beteiligt wurden als ihre Ministerkollegen von der ÖVP (*Zwischenruf des Abg. Machunze*), dann kann man nur sagen, daß die ÖVP eine Politik der Selbstverleugnung im Zeichen der neuen Männer betrieben hat, die ja die starken Männer sein sollen.

Zweitens: Der Ausgleich in der ordentlichen Gebarung und die Senkung des Gesamtabgangs auf 4 Milliarden wurde nur dank verschiedener Manipulationen auf der Einnahmen- und Ausgabenseite möglich.

Fast in spannender Weise hat der sonst weder übertrieben temperamentvolle noch humorvolle Herr Finanzminister in seiner Budgetrede geschildert, wie im Verlaufe der Beratungen die geschätzte Erhöhung des realen Bruttonationalproduktes von 3 auf 3,5 und schließlich auf 4 Prozent hinaufnumeriert wurde. Charakteristisch ist dabei, daß die Einnahmenerhöhung vom nominellen Wachstum von etwa 7 Prozent abgeleitet worden ist, was mit anderen Worten heißt, daß die Bundesregierung auch im kommenden Budgetjahr mit einer Geldentwertung von rund 3 Prozent rechnet, obwohl sich der Herr Bundeskanzler und der Finanzminister bemüht haben, nachzuweisen, daß von diesem Budget keine Preisauftriebstendenzen ausgehen können.

Es ist richtig, daß sich unsere Wirtschaft etwas erholt hat und daß daher die Zuwachsrate 1964 höher sein dürfte als in den Jahren 1962 und 1963. Wenn man aber bedenkt, daß die Investitionstätigkeit noch immer ungenügend ist und auch die Ausgabenstruktur dieses Budgets diese Schwäche nicht genügend korrigiert, und wenn man die Schwierigkeiten auf dem Exportsektor mit einkalkuliert, so ist die reale Zuwachsrate von 4 Prozent bei weitem überschätzt, sodaß Fachleute bis in die höchste Finanzbürokratie hinein befürchten, die geplanten Einnahmen werden hinter dem Präliminare um 1 Milliarde Schilling zurückbleiben.

Drittens: Der Finanzminister hat selbst zugegeben, daß eine Reihe von faktisch unabdingbaren Ausgaben in das außerordentliche Budget überstellt wurden, um dort mit Hilfe von Kreditoperationen bedeckt zu werden. Es ist dabei bekannt, daß bei

1312

Nationalrat X. GP. — 27. Sitzung — 4. November 1963

**Dr. Kandutsch**

der Ermächtigung im Finanzgesetz für diese Kreditoperationen der Abgang von 529 Millionen Schilling des ordentlichen Budgets gleich mit einbezogen wurde, obwohl es im Text des Finanzgesetzes heißt, dieser Abgang sei durch Einsparungen zu bedecken. Man macht also gar keinen Unterschied zwischen ordentlichem und außerordentlichem Budget, und es erweist sich wieder, daß diese Trennung eigentlich ein Unfug ist. Die Staatsschuld wird jedenfalls um 1,6 Milliarden Schilling steigen, sofern alle Finanzwünsche des Staates auf den in- und ausländischen Kapitalmärkten befriedigt werden können. Im Inland wird der Staat jedenfalls weiterhin als übermächtiger Konkurrent für die übrige langfristige Investitionskredite suchende Wirtschaft auftreten.

Man kann nun sagen, dies seien im besten Fall Schönheitsmängel des Budgetentwurfes. Auch der vorige Finanzminister, Dr. Klaus, hatte ja am Entwurf 1963 nichts mehr auszusetzen, hat dann allerdings sein Ministeramt spektakulär niedergelegt.

Wir Freiheitlichen erklären am heutigen Tage, daß mit der Verabschiedung dieses Budgetvoranschlages die Probleme der österreichischen Finanz- und Budgetpolitik für 1964 nicht gelöst sein werden. Es wird vielmehr im Verlaufe des Budgetjahres nach Sanierungsmaßnahmen Ausschau gehalten werden müssen. Wir halten es dabei für durchaus wahrscheinlich, daß dann für den Staat jene ominösen Einnahmsquellen erschlossen werden, von denen innerhalb und außerhalb der Beratungen gesprochen wurde. Ich erinnere dabei an das Referat des sozialistischen Finanzexperten und Vizebürgermeisters Slavik auf der Abgeordnetentagung der SPÖ in Wels, in dem er laut Presseberichten der Meinung Ausdruck gab, der österreichische Staat sei gegenüber einer reich gewordenen Wirtschaft der arme Vetter geblieben. Mit anderen Worten: ihm ist die Steuerbelastung der österreichischen Bevölkerung noch immer zu gering. Doch darüber später mehr.

Ich möchte mich zunächst mit dem politischen Hintergrund dieses Budgets befassen. Die Einigung in der Koalition hat Überraschung ausgelöst. Es werden Stimmen laut, ob nun die Krise in der Koalition beendet und der Anfang einer neuen Zusammenarbeit gefunden sei. Wenn dem so wäre, so hätten die beiden Regierungsparteien in den letzten eineinhalb Jahren mit den Interessen Österreichs ein frivoles Spiel getrieben. Beide Parteien haben nämlich betont, daß es sich bei dieser Krise nicht nur um ein vorübergehendes Auseinanderleben zweier zu lange verheirateter Ehepartner

handelt, sondern um tiefgreifende und grundsätzliche Gegensätze, die zu einem Zustand führten, den Bundeskanzler Dr. Gorbach mit entwaffnender Offenheit, aber völlig richtig so bezeichnete: „Wir regieren durch Nichtregieren.“

Wie lange kann man das aber angesichts so vieler schwerwiegender ungelöster Probleme tun? Sind die Integration, die schleichende Geldentwertung, die Nichterfüllung durchaus legitimer Ansprüche vieler durch den Krieg, die Besatzungszeit, die politische Verfolgung aller Schattierungen Geschädigter, der Notzustand unserer Wissenschaft, das ungenügende Wirtschaftswachstum, die Schulraumnot, die Wohnungsnot, die finanzielle Bedrohung unserer Sozialversicherungsinstitute und so weiter Fragen, die es einem Regierungschef erlauben dürften, festzustellen, es werde regiert, indem man nicht regiert?

Dabei hat dieser Zustand lange vor den Nationalratswahlen 1962 begonnen. Die Wahlen im November des vergangenen Jahres gehören zu den dunkelsten Kapiteln der jüngsten österreichischen Geschichte. Die bedenkenlosen Methoden dieses Wahlkampfes haben jede demokratische Fairneß, aber auch jede Besinnung auf die besten Eigenschaften des Österreichers — es sind das Anständigkeit und Toleranz — vermissen lassen. Es war wohl kein Wunder, daß die noch dazu konzeptlos begonnenen Regierungsverhandlungen fünf Monate dauerten, während derer die Verteuflungskampagnen noch fortgesetzt wurden, sodaß schließlich an politischen Reformen so gut wie nichts erreicht wurde, das Ansehen der Politik und der Politiker aber in den Augen des Volkes noch mehr gesunken war. (*Abg. Grete Rehor: Und was tun Sie heute?*) Die Bundespräsidentenwahl war in der noblen Art ihrer Durchführung geradezu ein Labsal, und das mochte wohl daran gelegen sein, daß sich zwei Persönlichkeiten von solcher Integrität gegenüberstanden, daß die Schmutzkübel zu Hause blieben.

Kurze Zeit danach brach die völlig überflüssige Habsburgkrise aus, in der sich die Freiheitliche Partei als ein Faktor der politischen Stabilität erweisen konnte. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Unsere Mitwirkung hat einerseits die weitere Aushöhlung von Rechten der Volksvertretung verhindert, sie hat aber andererseits der Anerkennung eiserner Prinzipien des Rechtsstaates gedient, so vor allem dem Grundsatz, daß es keine rückwirkenden Gesetze geben darf. (*Abg. Dr. Hurdes: Ihre Rede ist humorvoll!*) Wenn Sie die Habsburgkrise von der ÖVP her als humorvoll bezeichnen, dann charakterisieren Sie Ihre Haltung im heurigen Juni und Juli. (*Abg.*

**Dr. Kandutsch**

*Dr. Hurdes: Ich sage: Das ist humorvoll!, weil Sie zu Beginn gesagt haben, der Finanzminister sei humorvoll!)* Herr Dr. Hurdes, sind Sie nicht mehr in der Lage, einer Rede zu folgen? Ich habe gemeint, der Herr Finanzminister sei nicht sehr humorvoll. (*Abg. Dr. Hurdes: Ich wollte Sie nur aufklären, weil Sie es nicht verstanden haben!*) — *Abg. Zeillinger: Er ist schon aufgeklärt, Herr Kollege!* Sie irren sich, und zwar konstant, und deswegen sind Sie noch Klubobmann!

Viel ist seither über die FPÖ geschrieben und geredet worden (*Abg. Dr. van Tongel: Und gelogen!*), und, wie dies nun in Österreich einmal üblich ist, man greift immer zuerst zu dem Mittel der Verleumdung. Hat man uns jahrelang wider besseres Wissen neonazistische Absichten unterschoben, so heißt es nun, wir hätten einen Linksdraill. Haben wir in der Vergangenheit einmal mit der ÖVP zusammen operiert — und das ist einige Male geschehen, wenn Sie sich erinnern können —, so warf man uns einen Rechtsdrall vor. In Wahrheit ist der eine Vorwurf so dumm und verlogen wie der andere, denn es ist das natürlichste und auch das übliche in der Demokratie, daß die Parteien versuchen, wechselnde Koalitionen einzugehen, um wesentliche Bestandteile ihres Programmes durchzusetzen. Nur in Österreich hat man die derzeitige Koalition zu einem unmittelbaren Ausdruck des Patriotismus und der allein gültigen Staatskunst gemacht. (*Abg. Dr. Hurdes: Sie war für Österreich nicht schlecht!*) — *Abg. Zeillinger: Und für die ÖVP!* — *Abg. Dr. Hurdes: Vielleicht denkt man noch einmal daran!* Sie selbst sprechen von der Vergangenheit. Ich rede von der Gegenwart! Das ist der Unterschied! — Wer diese Koalition mit ihrer Proporzirtschaft kritisierte, wurde umgehend zu einem Volks- und Staatsfeind gestempelt. In Wahrheit hat er nur daran gezweifelt, ob es richtig ist, einer Zweckmäßigkeitfrage die pragmatische Sanktion zu erteilen.

Hohes Haus! Die Vorfälle rund um die Nationalratssitzungen im Juni und Juli 1963 hatten das eine Gute (*Abg. Machunze: Das ist Vergangenheit, Herr Kollege Kandutsch!*), daß das Tabu der unfehlbaren Koalition sichtbar vor aller Welt zerbrochen ist. Das ist Vergangenheit, die in die Gegenwart wirkt, verehrter Herr Kollege Machunze! (*Abg. Dr. Hurdes: Für Sie waren Zweckmäßigkeitserwägungen maßgebend!*) Wir Freiheitlichen haben gerne daran mitgewirkt und unseren Finger auf die Wunde gelegt, damit es jeder spüre. Im übrigen verstehe ich eines nicht: Sie haben im Wahlkampf immer gesagt, die Koalition müsse sich ändern. Nun beginnt sie sich zu ändern, und jetzt schreien Sie nach

einer Versteinerung der Koalition! Wo ist denn da die politische Logik? (*Beifall bei der FPÖ.* — *Abg. Dr. Hurdes: Vielleicht kommt man noch darauf, daß das Alte gar nicht so schlecht war!*) Sagen Sie das dem Withalm, aber nicht mir, mich können Sie nicht aufklären! (*Neuerlicher Beifall bei der FPÖ.*) Sie scheinen jedenfalls bei der Propagandakonzeption der ÖVP noch nie etwas zu reden gehabt zu haben. (*Abg. Dr. Hurdes: Bisher haben noch immer wir die Wahlen gewonnen, nicht Sie!*)

Nicht in unserem Interesse, sondern weil wir glauben, daß es für Österreich gut ist, bekämpfen wir die Form der starren Koalition seit Jahren, und mit uns sind alle kritischen und oppositionellen Kräfte, die es sogar — zumindest vor den Wahlen — in den Reihen der Regierungsparteien gibt.

Auch wenn in diesen Tagen die Zusammenarbeit zwischen den Koalitionsparteien mühsam weitergeschleppt wird, so drängt sie doch unaufhaltsam nach grundlegender Formänderung oder Auflösung. So, wie die Verhältnisse bis zu den Nationalratswahlen 1962 bestanden haben, werden sie künftig in Österreich nicht mehr sein können. (*Abg. Dr. Hurdes: Glauben Sie, daß Ihr Angebot so stark ist?*) Welches Angebot meinen Sie? (*Abg. Dr. Hurdes: Na, na! Ihr müßt es ja wissen!*) Herr Dr. Hurdes, Sie sind der Geringste, an den wir denken, wenn wir von einem Angebot sprechen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wir Freiheitlichen haben die sich uns bietenden Gelegenheiten ergriffen, um das voranzutreiben, was seit Jahren unser erklärt Ziel ist. Wir wollen ein frei entscheidendes, ungehindert arbeitendes und voll verantwortendes Parlament, wie dies den Grundsätzen einer parlamentarischen Demokratie entspricht.

Der koalitionsfreie Raum ist nur ein dürftiges Ventil, das mit Kraft und Mut zur völligen Freiheit des Parlaments geöffnet werden muß. Für die FPÖ ist dies das A und O ihrer Politik und nicht die Frage, in welcher Position sie das politische Geschehen mitgestalten kann. (*Abg. Dr. Hurdes: Zünglein an der Waage, heißt das!* — *Abg. Zeillinger: Kein schlechtes Konzept!* — *Abg. Dr. Hurdes: Das ist ein schlechtes Konzept, wenn die anderen so dumm sind, daß sie darauf eingehen!*) Dann denken Sie aber für die anderen Parteien besser als für die eigene, Herr Dr. Hurdes!

Für die FPÖ gibt es nur einen Grundsatz: Auf dem Boden ihres eigenen Programms stehend und ausgerichtet auf ihre eigene Zielssetzung hat die Freiheitliche Partei schon bisher eine Opposition betrieben, die über Kritik und Kontrolle hinaus immer wieder

1314

Nationalrat X. GP. — 27. Sitzung — 4. November 1963

**Dr. Kandutsch**

den konstruktiven Willen erkennen ließ, Österreich und seiner Bevölkerung zu dienen. (*Abg. Dr. Hurdes: So konstruktiv wie der „humorvolle“ Finanzminister, mit dem Sie begonnen haben! — Abg. Zeillinger: Hurdes kontra EWG!*) Dieses konstruktive Denken verpflichtet uns selbstverständlich — hören Sie jetzt zu, Herr Dr. Hurdes, damit Sie einen Zwischenruf machen können, der mehr Sinn hat als die bisherigen! —, auch dann für eine Mitbeteiligung an der Regierungsverantwortung bereit zu sein ... (*Zwischenrufe des Abg. Zeillinger. — Abg. Dr. Hurdes: Sie unterbrechen ja Ihren eigenen Redner! Wenn ich Zwischenrufe mache, gehört das dazu, aber Sie dürfen doch den eigenen Redner nicht behindern! Ihr seid eh nur ein paar, und da behindert ihr euch gegenseitig!*) Es ist sehr selten, daß Dr. Hurdes recht hat, aber jetzt hat er recht. Nur kommt das selten vor. (*Abg. Dr. Hurdes: So eine Kampffront habe ich noch nicht gesehen!*)

Dieses konstruktive Denken verpflichtet uns selbstverständlich, dann für eine Mitbeteiligung an der Regierungsverantwortung bereit zu sein, wenn dazu eine staatspolitische Notwendigkeit besteht und wir überzeugt sein können, maßgebliche Bestandteile unseres Programms durchzusetzen.

Wir Freiheitlichen haben mehrfach erklärt — und ich wiederhole das heute —, daß wir mit jeder anderen Partei zusammenarbeiten wollen, die ehrliche Absichten und fruchtbare Gedanken verfolgt. (*Abg. Dr. Hurdes: ... und genug zahlt dafür! — Gegenrufe bei der FPÖ.*) Wir geben uns als die mehrheitsbildende Gruppe ... (*Abg. Dr. Hurdes: Wir kennen doch die Angebote! — Abg. Zeillinger: Wir kassieren nichts dafür! Die Haselgruber-Millionen haben Sie eingesteckt! Wenn es ums Geldeinstecken geht, halten Sie besser den Mund! — Anhaltende Zwischenrufe.*)

**Präsident** (*das Glockenzeichen gebend*): Bitte, sich etwas zu beruhigen! Am Wort ist Dr. Kandutsch.

Abgeordneter Dr. Kandutsch (*fortsetzend*): Herr Dr. Hurdes! Ich glaube nicht, daß es für die ÖVP günstig ist, wenn Sie hier ein solches Bild des schlotternden Jammers und der Angst darstellen.

Meine Damen und Herren! Wir geben uns in diesem Hause als eine zwar kleine, aber mehrheitsbildende Gruppe nicht dazu her, einer Partei als Rute im Fenster für den „bösen“ Regierungspartner zu dienen. Wer sich schrecken läßt, ist selber schuld daran. Wer ein Gespräch nicht sucht, weil es ihm an der ehrlichen Absicht oder am guten Willen mangelt, der ist erst recht schuld daran! Auf keinen Fall ist es ein faires Beginnen,

aus dem eigenen Unvermögen heraus die FPÖ zu verdächtigen und anzuschwärzen, natürlich in der erkennbaren Absicht, bei künftigen Wahlen freiheitliche Wähler mit falschen Parolen zu ködern.

Wir Freiheitlichen werden jedenfalls immer nur eine Politik nach unseren eigenen Vorstellungen und nicht ferngelenkt betreiben. Unser Auftrag heißt nicht das Wohlwollen einer anderen Partei, sondern das Wohl Österreichs.

**Hohes Haus!** Aus gegebenem Anlaß halte ich es für notwendig, nun einige Bemerkungen über die Art, wie dieses Budget ins Haus gekommen ist, und vor allem über das Problem der Pflicht der Geheimhaltung der Budgetziffern zu machen.

Der Herr Finanzminister hat seine Rede zweimal verschoben. Das Budget wurde aber rechtzeitig eingebracht, und diese Tatsache ist in einer öffentlichen Sitzung vom Präsidenten des Nationalrates bekanntgegeben worden. Es entspricht einer langen Übung in diesem Hause, daß der Finanzminister begreiflicherweise immer derjenige sein möchte, der als erster den Budgetentwurf kommentiert. Das ist aber nirgends als ein Recht des Finanzministers stipuliert, und es ist ganz eindeutig geklärt worden, daß die Möglichkeit der Veröffentlichung des Budgets dann gegeben ist, wenn der Präsident des Hauses die Einbringung feststellt. Das steht in den Erläuterungen zu dem Bundesverfassungsgesetz.

Ich verstehe daher nicht ganz, warum Herr Vizekanzler Dr. Pittermann noch am vergangenen Samstag sagte, er dürfe keine Budgetziffern nennen. Ich verstehe dies umso weniger, als der Herr Bundeskanzler bereits eine Woche vorher in einer Rede gesagt hat, daß die geplante Erhöhung des Preises von Primasprit, der Schnellzugszuschlag und die Aufhebung des Ortsportos nur 350 Millionen bringen und daher nur eine geringe Belastung darstellen. (*Bundeskanzler Dr. Gorbach: Das stimmt nicht!*) Das ist von Ihnen, Herr Bundeskanzler, gesagt worden, diese Zahl habe ich noch im Ohr, ich habe diesen Rundfunkkommentar gehört, weil ich mich als guter Österreicher verpflichtet fühle, mir das anzuhören, was die Herren von der Bundesregierung sprechen. (*Abg. Dr. Hurdes: Bravo! — Abg. Scheibenreif: Großartig!*)

Das hat zu folgendem geführt: Während die Presse der beiden Regierungsparteien schon sehr früh über das Budget berichtete, war es uns nicht möglich, unseren Lesern darüber etwas zu sagen. Ich möchte daher ein für allemal feststellen, daß die Finanzminister, wenn sie haben wollen, daß sie als erste über das Budget sprechen können,

**Dr. Kandutsch**

das unmittelbar nach der Einbringung tun müssen, daß aber der Termin, an dem sie die Rede halten, für die öffentliche Behandlung des Budgets nicht maßgeblich ist, dies umso weniger, als es ganz unmöglich erscheint, die öffentliche Meinung 8 oder 14 Tage lang zu unterdrücken. Die Öffentlichkeit hat natürlich ein Interesse daran, zu dem Budget als einem sehr wichtigen politischen Faktum Stellung zu nehmen.

Ich möchte mich nun anderen Teilen der Budgetrede des Herrn Finanzministers zuwenden. Er hat in einem sehr bemerkenswerten Teil seiner Rede bestimmte Forderungen, Budgetgrundsätze aufgestellt, die es wert sind, in diesem Hause besprochen zu werden.

Der Herr Finanzminister sagte unter anderem, er plädiere für einen gewissen Belastungsstopp für die Zukunft. Schon der ÖVP-Redner zum Finanzausgleich, der Herr Abgeordnete Grundemann, erklärte aber in diesem Hause: Wer kann schon in Österreich an einen Belastungsstopp glauben? — Tatsächlich ist er aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Ich nenne nur einige Gebiete, auf denen es ganz ausgeschlossen ist, Anforderungen an den Staatshaushalt auf Jahre hinaus zu verschleppen.

Das erste ist die Landwirtschaft, also jener Berufszweig, aus dem der Herr Abgeordnete Grundemann kommt. Wenn man den Grünen Bericht und den Grünen Plan studiert, kann man ihnen entnehmen, daß im Jahre 1962 der Anteil der Landwirtschaft am Bruttonationalprodukt von 10,5 Prozent weiter auf 9,3 Prozent gesunken ist. Die Disparität der Einkommen ist seit dem Jahre 1960 erheblich größer geworden, nämlich um über 9 Prozent. Es ist daher bewiesen, daß das Landwirtschaftsgesetz in seiner derzeitigen Form das entscheidendste Anliegen der Landwirtschaft nicht erfüllen konnte, nämlich die Disparität zu schließen und zu verhindern, daß sich die Einkommensschere weiter öffnet. Wenn man sich aber nicht darüber einigt, auch im Bereiche der landwirtschaftlichen Preise gewisse Ausgleiche zu geben, so bleibt nur die Möglichkeit, daß die öffentliche Hand einen bestimmten Ausgleich schafft, und es ist undenkbar, das auf Jahre zu verschleppen, denn das sind Verluste an der wirtschaftlichen und sozialen Position, die nie mehr einzuholen sind.

Die Lage der Sozialversicherungsinstitute ist ein zweites Kapitel. Sie ist seit Jahren höchst kritisch, und sie würde sofort ins Katastrophale umschlagen, würde in Österreich ein längerfristiger wirtschaftlicher Rückschlag eintreten. In diesem Hause haben

alle Fraktionen die Meinung vertreten, daß die Krönung der Sozialgesetzgebung und Sozialversicherung die Dynamisierung der Renten wäre. Jede Verzögerung dieser Lösung macht sie teurer, und infolgedessen ist ein Belastungsstopp auf diesem Gebiet nicht realistisch!

Die neuen Schulgesetze, die beschlossen wurden, bringen natürlich neue Lasten für den Staatshaushalt, und wenn man noch die entsetzliche Raumnot der Hochschulen berücksichtigt, dann muß man sagen, daß auch auf diesem Gebiet ein Abbau der Lasten niemals in Erwägung gezogen werden kann.

Zweitens: Der vom Finanzminister geforderte Abbau der Subventionen stellt ein grundsätzlich richtiges Verlangen dar, dessen Realisierung aber ein Wunschedenken bleiben muß, wenn nicht vorher klipp und klar alle Auswirkungen erkannt und das Verhalten sämtlicher Wirtschaftsgruppen festgelegt wird. Ich halte das für ein sehr bedeutendes und höchst wichtiges Thema für den neuen Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen. Wenn auch mäßige Preiserhöhungen bei den Nahrungsmitteln bereits eine allgemeine Lohnwelle unter dem Titel der Abgeltung auslösen, so ist es doch besser, die Subventionen zu bezahlen, ja höhere Subventionen in Kauf zu nehmen, weil das andere natürlich für den Staat, für die Gesamtwirtschaft noch teurer käme.

Drittens verlangte der Finanzminister eine Verwaltungsreform, und er meinte, daß die Modernisierung der österreichischen Verwaltung nicht länger aufzuschieben sei. An einer anderen Stelle sagte er allerdings, daß sich der Personalstand leider um 4500 neue Dienstposten erhöhe, und zwar um 2500 Landeslehrer und um 2050 Dienstposten des Bundes, vor allem bei Unterricht und Post. Man hatte natürlich in jedem Jahr eine Begründung dafür, warum die Personalstände erhöht werden mußten. Aber wenn auch jedermann eine geradezu lähmende Resignation überfällt, wenn er das Wort Verwaltungsreform hört, so müßte ein solches Programm doch tatsächlich erarbeitet und konsequent durchgeführt werden. Bei den nicht notwendigen Staatsbelastungen und in der Senkung der Verwaltungskosten liegen fast die einzigen Möglichkeiten, finanzielle Mittel zu gewinnen, mit denen man die beiden Hauptaufgaben der Budgetpolitik besser als bisher erfüllen könnte. Diese Hauptaufgaben sind erstens die soziale Funktion, nämlich die Umschichtung und Umverteilung der Einkommen von den wirtschaftlich Stärkeren zu den wirtschaftlich Schwächeren, und zweitens eine sehr wesentliche konjunkturpolitische und all-

1316

Nationalrat X. GP. — 27. Sitzung — 4. November 1963

**Dr. Kandutsch**

gemein-wirtschaftliche, eine antizyklisch betriebene Investitionspolitik des Staates mit dem Ziel, das Wachstum der österreichischen Wirtschaft zu stärken und damit die Vollbeschäftigung zu sichern.

Ich möchte nun die Frage untersuchen, die ich schon früher anklingen ließ, ob die steuerliche Belastung für die österreichischen Steuerzahler wohl schon den Grenzbereich der Belastungsfähigkeit erreicht hat — so sagte es Dr. Korinek in seiner Budgetrede, und ich stimme ihm zu —, oder ob Steuererhöhungen möglich sind, weil der Staat inmitten einer prosperierenden Wirtschaft der „arme Vetter“ blieb, wie es Vizebürgermeister Slavik behauptete.

In den „Mitteilungen der Oesterreichischen Nationalbank“ Nr. 10 aus dem Jahre 1963 sind aus der Tabelle 34 die Daten über den Bundeshaushalt in einer chronologischen Übersicht zu den Bundeseinnahmen für die Jahre 1953 bis 1962 zu ersehen. Es ist dies jenes typische Jahrzehnt, in dem in Österreich mit Ausnahme von zwei Jahren eine anhaltende Konjunktur, ja Hochkonjunktur festzustellen war und in dem sich die Einkommen sowohl der Selbständigen als auch der Unselbständigen wesentlich erhöht haben. Nach den Feststellungen des Wirtschaftsforschungsinstitutes hat in diesem Zeitraum eine Geldentwertung von 25 Prozent stattgefunden, doch beträgt die reale Einkommenssteigerung rund 70 Prozent. Die Einnahmenerhöhungen des Bundes in dieser Zeit, gleichgültig welcher Art — wenn ich nur die Anfangs- und Schlussziffern, also die Ziffern von 1953 und 1962, hernehme —, sind in jeder Sparte weit über 100 Prozent und zum Teil sogar stark darüber hinaus gestiegen.

Wenn ich Ihnen das kurz sagen darf: Es ist zum Beispiel im Bereich der gesamten direkten Steuern eine Steigerung von 7,5 Milliarden im Jahre 1953 auf 16,7 Milliarden im Jahre 1962 festzustellen; bei der Einkommensteuer waren es 2,2 gegenüber 4,2 Milliarden, bei der Lohnsteuer 1,9 gegenüber 3,6 Milliarden und bei der Gewerbesteuer 1,4 gegenüber 3,3 Milliarden.

Die Umsatzsteuer samt Bundeszuschlag stieg von 4,5 auf 10,3 Milliarden, die Verbrauchssteuern von 1,9 auf 5,1 Milliarden, die Zölle stiegen von 576 Millionen auf 3,4 Milliarden, die Bruttoeinnahmen der Abgaben von 16 Milliarden auf 40 Milliarden, Überweisungen an die Länder von 5 Milliarden auf 13,6 Milliarden; die Nettoeinnahmen stiegen also von 11,3 auf 26,4 Milliarden. Mit den übrigen Einnahmen, die von 10,5 auf 25 Milliarden stiegen, stiegen also die Nettoeinnahmen des Bundes von 21,9 auf 52,3 Milliarden Schilling.

Ich kann keineswegs finden, daß der österreichische Staat eine allzugroße Bescheidenheit an den Tag gelegt hätte, um sich nicht als gewichtiger Partner an der Produktivitätssteigerung der Wirtschaft zu beteiligen. Es ist eigentlich durch die Progressivität unseres Steuersystems dafür gesorgt, daß der Staat durchaus nicht zu kurz kommt, sondern daß er sich seinen Anteil sehr wohl holt.

Im übrigen kann es nicht das Ideal einer Gesellschaftsordnung sein, in der wir leben — und zwar gleichgültig von welcher Partei —, daß man eine politische Philosophie vertritt, derzufolge es zwar einen reichen Staat, aber immer ärmeren Staatsbürgern geben sollte, sondern der Ausgleich, das Gleichgewicht zwischen diesen beiden Faktoren ist anzustreben. Ich glaube, in diesem Fall kann man in Österreich nicht davon sprechen, daß der Staat zu kurz gekommen sei.

Viertens sagte der Finanzminister in seiner Rede — und das ist ein sehr wesentlicher Budgetgrundsatz —, daß es Aufgabe der Budgetpolitik sei, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Wachstumskraft der österreichischen Wirtschaft zu sichern. Das Problem des stagnierenden Wachstums und das Problem einer Stärkung dieses Wachstums unserer Wirtschaft beherrschen ja überhaupt die politische Diskussion der letzten Zeit. Sie wurde aktualisiert, vor allem motiviert, weil in diesem Zusammenhang auch ein Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen geschaffen wurde, der als dritte Unterkommission bei der Paritätischen Lohn- und Preiskommission eingerichtet worden ist.

Die Freiheitliche Partei Österreichs begrüßt die Errichtung dieses Beirates, wenn er sachliche Arbeit leistet, wenn er sich nicht anmaßt, eine Wirtschaftsregierung mit exekutiver Gewalt zu werden, wenn er sich auf die Beratung von Bundesregierung und Parlament beschränkt und wenn er vor allem eines kann, was das entscheidendste ist: das Verhalten der Sozialpartner koordinieren. Wir warnen allerdings davor, in diesem Beirat eine Wunderwaffe zu sehen, die ab sofort geeignet ist, sämtliche wirtschafts- und sozial-politischen Probleme im Handumdrehen zu lösen.

Es müssen vor allem aus der jüngsten Vergangenheit Lehren gezogen werden. Es ist keine Frage, daß der Drang nach diesem Beirat deswegen so stark gewesen ist, weil in weiten Kreisen der Öffentlichkeit, besonders bei den Arbeitnehmern, ein Unbehagen über die Tätigkeit der Paritätischen Lohn- und Preiskommission entstanden ist, weil man dort nicht mehr geglaubt hat, daß diese Kommission etwas taugt, weil sie sich nicht

**Dr. Kandutsch**

als geeignet erwiesen hat, die Preisentwicklung in die Hand zu bekommen und sie zu steuern.

Meine Damen und Herren! Wenn man aber die Diskussion allein darauf beschränkt, immer wieder Schuldige zu finden und auf den anderen zu zeigen, wenn man nicht bemüht ist, objektiv die Ursachen aufzudecken, die den allgemeinen Preisauftrieb auslösen, wenn man daher nicht einmal die Grundlage für eine bessere Funktion findet, dann wird auch dieser Beirat nicht jene Tätigkeit ausüben, die zu einer Befriedigung aller Teile unserer Bevölkerung führen wird.

Wir sind der Meinung, daß wir in Österreich ein mittelfristiges Wirtschaftskonzept finden sollen, das, ohne in Planwirtschaft oder, wie man jetzt vornehmer sagt, in Planiifikation auszuwählen, sich durchaus in die Marktwirtschaft einordnen läßt. Dazu sind aber bestimmte Verhaltensregeln notwendig.

Es muß eine Versachlichung der Wirtschaftspolitik geben, die darin besteht, daß man eine wissenschaftlich objektive Grundlagenforschung und Datenerhebung betreibt. Es muß aber auch gewährleistet sein, daß diese Grundlagenerhebung dann auch von den Sozialpartnern anerkannt wird. Es muß außerdem die Budgetpolitik mehr als bisher als ein Mittel der Konjunkturpolitik systemgerecht eingesetzt werden. Es muß in der Frage der Integrationspolitik zielstrenger, konsequenter vorgegangen werden als bisher, sodaß bei den jetzigen Investitionsüberlegungen, die nach unserer Auffassung grundsätzlich der Disposition des Unternehmers überlassen bleiben sollen, klargestellt ist, auf welchen künftigen Markt hin man diese Investitionen planen müsse. Das gilt für die Unternehmer des privaten Bereiches ebenso wie für die Unternehmer der verstaatlichten Industrie. Denn ich bin der Meinung, die verstaatlichte Industrie wird nur dann reüssieren, wenn an ihrer Spitze nicht Bürokraten, sondern Unternehmerpersönlichkeiten stehen!

Es ist in diesem Zusammenhang auch notwendig, ein Konzept für die verstaatlichte Industrie zu finden, denn dieses ist nicht vorhanden. Es klingt etwas merkwürdig, wenn man in einem Staat, der selbst einen so ungeheuren Teil der Wirtschaft als Unternehmer in der Hand hat und der die übrige Wirtschaft schon so sehr verstaatlicht hat, so sehr nach einem Wirtschaftsplan schreit. Würden nämlich nur die Staatsorgane wissen, was sie in der Wirtschaft wollen, brauchte man gar nicht so sehr nach der berühmten Planifikation schreien. Aber das ist ja bisher nicht der Fall gewesen — und daher auch unsere große Skepsis vor neuen Plänen, wenn jeder etwas anderes meint, als er ausspricht.

In diesem Zusammenhang muß auch die Lohnpolitik genannt werden, denn sie steht in Zusammenhang mit dem Streben nach höherem Wirtschaftswachstum, nach Exportfähigkeit, nach Stabilisierung der Konjunktur und damit der Vollbeschäftigung. Die Massenproduktion verlangt Massenkaufkraft — letzthin hat mein Kollege Kindl darauf hingewiesen —, wir sind daher immer für eine Politik maximaler Löhne eingetreten, zumal der private Konsum eine besondere Stütze der österreichischen Konjunktur darstellt. Aber es muß doch eine allgemeine Richtlinie in der Lohnpolitik bleiben, daß der Rahmen die Produktivitätssteigerung ist, da ansonsten das Prinzip der Solidarität innerhalb der Arbeitnehmer selbst schon verletzt wird, wenn man nämlich, außer in bestimmten Notbereichen und bei politisch kalkulierten Preisen, eine Lohnerhöhung lediglich durchführen kann, wenn man sie vorbedacht auf die Preise überwälzt.

Meine Damen und Herren! Schließlich ist die Frage der Kapitalbildung von fundamentaler Bedeutung. Wir haben heuer sehr schwache Ansätze gesehen, die Probleme des Kapitalmarktes zu regeln. Die Konkurrenzfähigkeit für weite Teile unserer Wirtschaftsbetriebe in einem integrierten europäischen Markt mit freiem Wettbewerb ist noch nicht gegeben und neben dem Leistungswillen aller Beschäftigten speziell davon abhängig, ob genügend Investitionskapital zur Verfügung steht. Hier darf es kein Zögern mehr geben, da schon zuviel Zeit verlorenging; hier muß rasch und gründlich gearbeitet werden.

Wir halten auch alle Versuche, die Liberalisierung unseres Handels durch protektionistische Maßnahmen rein bürokratischer Art zu verhindern, für abwegig, da diese Haltung à la longue mit einem Zurückbleiben des Lebensstandards der österreichischen Bevölkerung bezahlt werden müßte. Nur wenn auch die österreichische Wirtschaft teilhat an der großen internationalen Arbeitsteilung, werden wir den Anschluß finden.

Meine Damen und Herren! Wenn heute Cassandra-Rufe ausgestoßen werden, ob das nicht für soundso viele Teile unserer Wirtschaft einen gefährlichen Rückschlag bedeutet, so möchte ich sagen, daß wir mehr Vertrauen in unsere Wirtschaft haben dürfen, wenn wir sie nur gewähren lassen wollten! Denn Österreich hat in der Vergangenheit bewiesen, daß es befähigt ist, mit großen Umstellungen in seinen inneren Verhältnissen und bei seinen äußeren Beziehungen fertigzuwerden. Wenn Sie nur daran denken, daß in diesem Jahrhundert Österreich zweimal aus einem größeren Wirtschaftsverband herausgerissen wurde, daß

1318

Nationalrat X. GP. — 27. Sitzung — 4. November 1963

**Dr. Kandutsch**

politische Wirrnisse fundamentalste Umstellungen verlangt haben, und wenn Sie bedenken, wie das gelöst wurde, dann muß man sagen: Ich habe jeden Optimismus, daß wir auch mit künftigen Aufgaben in einem integrierten großen europäischen Markt fertigwerden.

Meine Damen und Herren! Am heutigen Tage beginnt die Fortführung der Vorgespräche mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Brüssel. Ich wäre glücklich, könnte ich Ihnen sagen, daß wir Freiheitlichen der Aussendung der Regierung, es habe im Komitee für Integrationsfragen völlige Übereinstimmung geherrscht, Glauben schenken dürfen. Wir sind der Auffassung, daß hier wie in so vielen anderen Fragen eine Notbrücke gefunden wurde, die wohl selbstverständlich war, um unsere Verhandlungsmmission in Brüssel nicht in eine unmögliche Lage zu bringen. Wir haben aber jeden Anlaß, zu glauben, daß es in wichtigen, fundamentalen Fragen zwischen Ihnen noch immer Gegensätze gibt. Und das ist eine große Belastung für Österreich und seine Zukunft, denn es gibt kein Ausweichen vor dieser Frage. Die Beteiligung Österreichs an der wirtschaftlichen Integration wird so oder so kommen müssen. Daher ist es richtig, sich darauf einzustellen und das zu tun, was die verschiedenen Herren Minister bei Sonntagsreden immer wieder verlangen, nämlich die Europafähigmachung der österreichischen Wirtschaft und eine dazu führende Politik.

Ich möchte aber nicht, daß man die Budgetprobleme lediglich von finanz- und wirtschaftspolitischen Dingen her sieht, sondern die sind zwar der materielle Vordergrund eines geistigen Überbaus, einer politischen Konzeption, die über die Parteidgrenzen hinweg gemeinsames Eigentum aller demokratischen Parteien in Österreich sein müßte. Die Welt zerfällt heute doch in zwei Hemisphären, in denen versucht wird, mit verschiedenen Mitteln mit den Problemen der Massengesellschaft fertigzuwerden. Während im totalitären Staat die Organisation im Vordergrund steht, orientiert sich die freiheitliche Gesellschaftsordnung nach dem Leitbild eines modernen Humanismus. Wir in Österreich haben eine besondere Verpflichtung, an der Schnittlinie dieser beiden Welten einen Staat mit menschlich-sozialer Ordnung aufzubauen, in dem es soziale Gerechtigkeit und Anerkennung der Menschenwürde gibt, die sich vor allem in dem Streben nach Freiheit ausdrückt. Zur Sicherung der freien Persönlichkeit dient der freiheitliche und demokratische Rechtsstaat, für dessen Ausbau und dessen Sicherung sich alle politischen Kräfte leidenschaftlich entzünden müßten.

Manche Leute in Österreich sprechen im Zusammenhang mit der so notwendigen Mit-

wirkung Österreichs an der Schaffung des Vereinten Europa mit einer bestimmten Furcht, als könnte Österreich als eine politische Realität, als eine geliebte Tradition oder gar als ein geistiger Begriff untergehen. Mancher sogenannte Neutralitätsvorbehalt findet darin seine emotionale Begründung. Wir Freiheitlichen wissen um die Verpflichtungen, die sich aus der österreichischen Neutralität ergeben, und wir sprechen uns für ihre strikteste Respektierung aus. Die Einheit Europas ist aber nach unserer Überzeugung auch für Österreich eine Voraussetzung für ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand.

Nicht von ungefähr hat Salvador de Madariaga Wien als Hauptstadt eines Vereinten Europa vorgeschlagen. Hier hat nicht ein Administrator oder Wirtschaftsbürokrat gesprochen, sondern ein Philosoph, der Europa vom Geiste her versteht und der mit dem sicheren Instinkt des Europäers in Wien noch immer das Zentrum dieses Kontinents sieht. Österreich ist mit diesem Europa in der Vergangenheit in Leid und Freud, im Geben und Empfangen verbunden gewesen und wird es bleiben und wird daher nur in diesem europäischen Verband unsterblich sein.

Wir Freiheitlichen sehen in dieser Erkenntnis die allgemeine und bestimmendste Richtung einer österreichischen Politik in unserer Zeit, der zum Durchbruch zu verhelfen unser oberstes Ziel ist. Unsere Hoffnung geht dahin, daß es in diesem Punkt über die Parteidgrenzen hinweg zu einer Einheit der österreichischen Politik in Wort und Tat kommen möge. Wir sehen diese Einheit nicht und noch nicht, und wir haben auch das Gefühl, daß die Politik in der jüngsten Zeit uns hier nicht weitergebracht hat. Auch dies ist ein Grund dafür, warum wir diesem Budget für das Jahr 1964 unsere Zustimmung nicht geben können. (*Beifall bei der FPÖ*)

**Präsident:** Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Uhlir zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

**Abgeordneter Uhlir (SPÖ):** Hohes Haus! Der Bundesvoranschlag, den der Herr Bundesminister für Finanzen am vergangenen Mittwoch dem Parlament vorgelegt hat, war Gegenstand sehr eingehender Beratungen in der Regierung. In diesen Beratungen wurden die Wünsche und Forderungen mit den realen Möglichkeiten konfrontiert, und es wurde schließlich auch eine Übereinstimmung über den Inhalt des Finanzgesetzes 1964 erzielt.

Wir müssen feststellen, daß der Herr Finanzminister in seinem einbegleitenden Vortrag zu dem Finanzgesetz ein objektives und nüchternes Bild der sich im Budget wider-

**Uhlir**

spiegelnden wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse gegeben hat. Er hat die Probleme, die ja nicht erst seit kurzem bestehen, aufgezeigt, und er hält den Bundesvoranschlag als Ergebnis ernster Betrachtungen und verantwortungsbewußter Schätzungen für eine reale Basis wirtschaftlicher und finanzpolitischer Maßnahmen im kommenden Budgetjahr. Er bezeichnet mit Recht die ordentliche Gebarung mit einem Abgang von 529 Millionen Schilling — das ist kaum 1 Prozent der gesamten Budgetsumme — für ausgeglichen und hält die Bedeckung des Abgangs in der außerordentlichen Gebarung im Ausmaß von 3,4 Milliarden Schilling bei Anhalten der günstigen Liquiditätslage des Kreditapparates für durchaus möglich.

Am Schlusse seiner Darlegungen hat der Herr Finanzminister mehrere Budgetgrundsätze aufgestellt, denen wir aus grundsätzlichen Erwägungen, aus Erwägungen, die auf unserer Auffassung über die Gestaltung der Wirtschafts- und Finanzpolitik beruhen, nur bedingt zustimmen können.

Meine Damen und Herren! Das vorliegende Budget stellt ein Kompromiß dar zwischen den Forderungen der einzelnen Verwaltungszweige und den Bedeckungs- und Finanzierungsmöglichkeiten, die der Finanzminister noch für vertretbar hält und die er auch zu verantworten bereit ist. Es ist wohl das gute Recht jedes Ressortministers, das zu fordern, was er für seinen Verwaltungsbereich für nötig erachtet, denn er muß für seinen Bereich die Verantwortung tragen, und die Ressortminister wären schlechte Verwalter, würden sie nicht um das, was sie für richtig und notwendig halten, kämpfen.

Ebenso unbestritten ist meiner Meinung nach das Vorgehen des Finanzministers nach der bisher geübten Methode bei der Erstellung des Budgets, das zuzugestehen, was er — und das ist ja das Bezeichnende der Budgetverhandlungen in den vergangenen Jahren — von seinem persönlichen Standpunkt, von seiner Betrachtungsweise der wirtschaftlichen Verhältnisse aus für erfüllbar hält. In diesem Zusammenhang von einem „Freistilringen“, von einem „Pyrrhussieg“ oder auch von einem „frisierten Budget“ zu sprechen halte ich wohl für abwegig.

Tatsache ist, daß über das Budget nach intensivsten Verhandlungen auf Regierungsebene, die zur Überprüfung und Neufestsetzung verschiedener Budgetposten geführt haben, eine Einigung erzielt wurde. Aber ich möchte darauf aufmerksam machen, daß bezüglich einiger Posten, da diese Richtigstellungen im gedruckten Budget nicht überall vorgenommen werden konnten, doch noch die Ziffern

offen sind. Ich möchte hiermit feststellen, daß die von mir jetzt angeführten Zahlen in dem Budget nicht gebunden sind und daß darüber gegebenenfalls auch noch Verhandlungen geführt werden müßten.

So ist im Artikel VI Abs. 1 Z. 1 des vorliegenden Finanzgesetzes der seinerzeitige, im Budget 1963 enthaltene Betrag von 150 Millionen auf 200 Millionen und der zweite von 50 Millionen auf 60 Millionen Schilling erhöht worden. Ich weiß, daß dies im letzten Augenblick dem Verhandlungspartner vorgelegt wurde und daß diese Beträge nicht vereinbart sind.

Dasselbe trifft auf Artikel VI Z. 2 zu, wo der Betrag von 50 Millionen auf 60 Millionen Schilling erhöht wurde.

In Z. 3 wurde eine Verminderung von 50 Millionen auf 30 Millionen Schilling vorgenommen.

Zu Z. 4 muß ich allerdings feststellen, daß über die Haftung bis zur Höhe von 50 Millionen Schilling für ein von der Felbertauernstraße-Aktiengesellschaft aufzunehmendes Darlehen, die zu übernehmen wäre, noch keine Vereinbarung besteht, obwohl der Herr Finanzminister dies in seiner Budgetrede angeführt hat.

In Z. 5 wurde der Betrag von 15 Millionen auf 10 Millionen Schilling erniedrigt.

Die Z. 6 fehlt in dem Finanzgesetz 1963. In Z. 7 wurde der Betrag von 50 auf 60 Millionen Schilling erhöht.

Im Artikel VIII wurde gleichfalls eine Post von 50 Millionen auf 60 Millionen Schilling sowie ein Betrag von 2,5 Millionen auf 3 Millionen Schilling erhöht.

Im Artikel IX Abs. 2 wurde gleichfalls eine Erhöhung von 5 Millionen auf 6 Millionen Schilling und von 50 Millionen auf 60 Millionen Schilling vorgenommen, im Absatz 3 eine solche von 250.000 auf 300.000 S.

Diese Ansätze sind also in der Vereinbarung nicht so enthalten. Das Parlament wird sich mit diesen Zahlen noch beschäftigen müssen. Ich glaube nur, man soll doch beim Vorlegen eines Budgets solche Ansätze nur dann hineinnehmen, wenn sie auch wirklich vereinbart sind.

Ich möchte noch auf eine Differenz aufmerksam machen. Im Budget heißt es unter Kapitel 18 Titel 3 § 2 Unterteilung 2: Bundesdarlehen für sonstige Unternehmungen. Ich möchte ausdrücklich darauf verweisen, daß in diesen Betrag von 170 Millionen Schilling ein Betrag von 72 Millionen Schilling hineingenommen wurde, der nicht hineingehört. Da darüber Einigkeit besteht, daß diese Post im Budget nicht aufscheinen soll, wird sich daher der Abgang im ordentlichen Haushalt in der Höhe von 529 Millionen Schilling noch um diese 72 Millionen Schilling verringern.

1320

Nationalrat X. GP. — 27. Sitzung — 4. November 1963

**Uhlir**

Auf diese Änderungen der Ansätze wollte ich ausdrücklich aufmerksam machen.

Wir begrüßen es, daß trotz sehr tiefgehender unterschiedlicher wirtschaftlicher Auffassungen über das Finanzgesetz 1964 Übereinstimmung erzielt und damit die Grundlage für eine ordentliche Finanzgebarung im kommenden Jahre geschaffen wurde. Wir stellen mit Genugtuung fest, daß unseren Forderungen, entsprechende Mittel für den Wohnungsbau, für die Verbesserung der sozialen Leistungen und für den Ausbau des Hochschulwesens zu gewähren, Rechnung getragen wurde.

Wir haben jedoch sine ira et studio an diesem Bundesvoranschlag einiges auszusetzen, ohne daß wir ihn deshalb als „notdürftig geleimt“ bezeichnen wollen, wie es in einer Ihnen nahestehenden Wirtschaftszeitung heißt. Wir können unsere Bedenken mit Recht auch deshalb vorbringen, weil die sozialistischen Abgeordneten noch in der Frühjahrsession des Parlaments, also zu einem Zeitpunkt, in dem die Verhandlungen über das Budget 1964 noch nicht abgeschlossen waren, einen Initiativantrag eingebracht haben, in dem sie Grundsätze festlegten, nach denen ihrer Meinung nach das Budget des Jahres 1964 zu erstellen wäre. Diese Grundsätze werden in dem vorliegenden Budget nur im bescheidensten Ausmaß berücksichtigt.

Meine Damen und Herren! Wir halten vor allem die Methode, wie der Bundesvoranschlag bisher erstellt wurde, nicht für zweckmäßig und auch nicht mehr für zielführend. Die Budgeterstellung spielt sich ungefähr in folgender Weise ab:

Im April — ich glaube, das ist der allgemeine Termin, der vom Finanzministerium festgelegt wird — werden die Ministerien vom Finanzministerium aufgefordert, ihre Budgetwünsche bekanntzugeben, also zu einem Zeitpunkt, in dem bei der Dynamik, die unserer Wirtschaft innewohnt, absolut kein Überblick über die tatsächliche Gestaltung der Ausgaben im laufenden Verwaltungsjahr möglich ist. Dazu kommt noch, daß der Rechnungsabschluß für das abgelaufene Finanzjahr noch nicht vorliegt. Es sind daher Schätzungen für Ausgaben im kommenden Verwaltungsjahr kaum mit Sicherheit vorzunehmen.

Die Zahlen, die von den Ministerien erstellt werden, sind dann natürlich auf einer sehr unsicheren Grundlage aufgebaut. Dazu kommt noch, daß die Ministerien die Weisung haben, das Budget auf Grund jener Gesetzeslage zu erstellen, die in dem Zeitpunkt maßgebend ist, wo sie diese Ansätze festlegen. Zu diesem Zeitpunkt liegt aber überhaupt kein richtiger Überblick vor.

Wenn dann diese Zahlen vorliegen, wird der Rotstift des Finanzministeriums in Bewegung gesetzt. Die Verhandlungen über das Budget des kommenden Jahres auf Beamtenebene beginnen im Juli eines jeden Jahres, also ebenfalls zu einem Zeitpunkt, in dem beim besten Willen eine Schätzung der voraussichtlichen Einnahmen unmöglich ist.

Erst im September kann man annähernd feststellen — diesmal war das erst im Oktober möglich —, wie hoch die Einnahmen des Staates im kommenden Jahr sein werden. Zu diesem Zeitpunkt liest man aber bereits in den Zeitungen, wie hoch die Ausgabenanforderungen der Ministerien sein werden und wie gering die Einnahmen, die sich im kommenden Jahr ergeben werden, zu Papier stehen. Schlagzeilen über ein ungeheures Budgetdefizit füllen bereits die Spalten der Zeitungen.

Wenn dann ein Budget vorgelegt wird, das wesentlich von jenen Ansätzen abweicht, die im Juni oder Juli, also meistens in der Sauregurkenzeit, in den Zeitungen gebracht wurden, dann fühlt man sich bei einer solchen großen Differenz fast bemüßigt, eine solche Budgetziffer als nicht seriös zu bezeichnen.

Es beginnen dann die Verhandlungen des Finanzministers mit den Ressortministern. Da alljährlich Ende September in Amerika eine internationale Tagung stattfindet und der jeweilige Finanzminister an dieser Tagung teilnehmen muß — er hat ja eine Funktion in dieser internationalen Finanzorganisation —, so fährt er Ende September nach Amerika und kommt dann Anfang Oktober wieder zurück. Es bleiben dann, wenn es gut geht, etwa 14 Tage Zeit, um über die Budgetzahlen auf höchster Ebene eine Verständigung zu erzielen. Am 22. Oktober muß das Budget dem Parlament vorgelegt werden.

Bei einer solchen Termin- und Zeiteinteilung kann man in der Öffentlichkeit zu keiner anderen Auffassung kommen, als daß man in der letzten Minute einfach ein Budget zusammenhudelt.

Tatsächlich bleibt also wenig Zeit zu ernsten wirtschaftlichen Überlegungen, zu verantwortungsbewußten Einnahmen- und Ausgabenschätzungen und zur Klärung vielfältiger Zweifelsfragen, die in jedem Budget aufscheinen. Diese Methode bereitet allen, die mit dem Budget zu tun haben, die größten Schwierigkeiten.

Der zweite Vorbehalt, den ich zu diesem Budget machen möchte, geht dahin, daß man noch immer sklavisch an der klassischen Form der Budgetpolitik festhält: Einnahmen und Ausgaben müssen ausgeglichen sein, sie müssen übereinstimmen. Der Ausgleich

**Uhlir**

im Staatshaushalt müsse hergestellt werden. Nur dann, wenn dies der Fall ist, sei unsere Wirtschaft in Ordnung und unsere Finanzpolitik richtig.

Diese Auffassung stimmt heute nicht mehr mit der Auffassung der neuen modernen Nationalökonomie überein. Danach ist es durchaus vertretbar, in Zeiten einer rückläufigen Entwicklung unserer Wirtschaft zwecks ihrer Belebung ein Budgetdefizit in Kauf zu nehmen oder im umgekehrten Fall einen Budgetüberschuß anzustreben.

Das Gegenteil von all dem wurde in den vergangenen Jahren gemacht. Man hat zwar von aktiver Wirtschaftspolitik gesprochen, aber hiefür den gegenteiligen Weg gewählt. Diesen neuen nationalökonomischen Grundsätzen ist unserer Meinung nach bei Erstellung des Budgets Rechnung zu tragen.

Ich rede damit keineswegs einer Defizitwirtschaft das Wort, aber man soll hiebei nicht immer auf die alten Begriffe von Sparsamkeit zurückgreifen. Sparsamste, ökonomischste Verwaltung — ja! Das hat auch für die Budgetpolitik zu gelten. Aber man muß sich bewußt sein: wenn mit Sparmaßnahmen eine gewisse Grenze überschritten wird, entsteht das Gegenteil davon. Unter Sparsamkeit im heutigen wirtschaftlichen Sinn versteht man, mit geringstem Aufwand einen bestimmten Erfolg zu erzielen oder mit dem gegebenen Aufwand den größtmöglichen Erfolg zu erreichen.

Von einem Jahresbudget werden nur dann die für die Wirtschaft notwendigen Impulse ausgehen können, wenn dieses Jahresbudget ein Teil eines langfristigen Wirtschaftskonzeptes ist, wenn also die Einnahmen und Ausgaben des Staates auf die konjunkturellen Bedürfnisse der Wirtschaft abgestimmt sind. Wir Sozialisten verlangen seit Jahren bei jeder Budgetdebatte die Erstellung eines solchen Wirtschaftskonzeptes mit dem Ziel, die Vollbeschäftigung und die Geldwertstabilität zu sichern.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1962 und in der ersten Hälfte des Jahres 1963 hat zu ernsten Besorgnissen Anlaß gegeben. Die Wachstumsrate unserer Wirtschaft, die im Jahre 1960 noch 9 Prozent betrug, ist im Jahre 1962 auf 2 Prozent abgesunken. Der Auftragsstand in manchen Industriezweigen hat einen bedenklichen Rückgang erfahren. Durch den außerordentlich strengen Winter wurde die wirtschaftliche Entwicklung noch mehr gehemmt, die Gefahr der Arbeitslosigkeit stand wieder einmal vor uns.

Diese Entwicklung war allerdings nicht allein auf Österreich beschränkt. Im ganzen

europeischen Raum war eine ähnliche Entwicklung festzustellen. Wir haben schon bei der Beratung der Bundesvoranschläge für die Jahre 1961 und 1962 auf die Möglichkeit einer solchen Entwicklung hingewiesen und rechtzeitig Maßnahmen verlangt, die diese Entwicklung zu hemmen in der Lage sein sollten.

Wenn Sie unsere Stellungnahmen zu diesen Voranschlägen nachlesen, dann werden Sie feststellen können, daß wir schon im Jahre 1961 dargelegt haben, daß die Abstellung wirtschaftlicher und finanzpolitischer Maßnahmen auf nur ein Jahr den Erfordernissen einer aktiven Konjunkturpolitik nicht mehr gerecht wird. Unsere Auffassung wurde auch von ernst zu nehmenden Wirtschaftskreisen geteilt. So kam man bei einer theoretisch-analytischen Kritik der Budgetpolitik, die in den von der Bundeswirtschaftskammer herausgegebenen „Wirtschaftspolitischen Blättern“ abgeführt wurde, zu den gleichen Ergebnissen.

Doch unser anlässlich der Regierungsverhandlungen gemachter Vorschlag auf Schaffung eines Wirtschaftsrates wurde abgelehnt. Aufgabe dieses Wirtschaftsrates wäre es vor allem gewesen, unter Heranziehung von Vertretern der Wissenschaft und Praxis in Zusammenwirken der Sozialpartner und der die Verantwortung tragenden politischen Faktoren die Grundlinien eines mehrjährigen Wirtschaftskonzeptes zu erstellen. Wir begrüßen es daher, daß durch den in der Parteiatischen Kommission geschaffenen Wirtschafts- und Sozialbeirat ein ähnliches, dem gleichen Zweck dienendes Instrument geschaffen wurde.

Ich möchte jedoch mit allem Nachdruck darauf verweisen: Wollen wir wirtschaftliche Fehlentwicklungen vermeiden, dann müssen die Arbeiten dieser Kommission von allen staatlichen Stellen die notwendige Unterstützung erhalten. Es ist viel zuviel Zeit im politischen Tagessstreit verlorengegangen. Ziel unserer aller Bemühungen muß sein, ein Entwicklungsprogramm der österreichischen Wirtschaft zu schaffen, im Rahmen eines langfristigen Wirtschaftskonzeptes jährliche Nationalbudgets zu erarbeiten, um zu einer konjunkturgerechten Budgetpolitik zu gelangen.

Wenn wir auf Grund dieser Darlegungen an dem vorliegenden Budget Kritik üben, wenn wir budgetäre Maßnahmen in dem einen oder anderen Fall für unzulänglich halten, dann hat diese Kritik ihre Ursache in der Sorge um die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Staates. Diese Kritik will aber auch zum Ausdruck bringen und Anlaß

1322

Nationalrat X. GP. — 27. Sitzung — 4. November 1963

**Uhlir**

dafür sein, daß künftige Bundesvoranschläge unter Bedachtnahme auf die Erkenntnisse der modernen Nationalökonomie erstellt werden sollen.

Ich kann daher den vom Herrn Finanzminister in seiner Budgetrede angeführten Budgetgrundsätzen nicht ganz folgen. Ein Belastungsstopp, wie er von Herrn Sektionschef Dr. Heilingsetzer in den „Österreichischen Nachrichten“ der Österreichischen Volkspartei dargelegt wurde und den der Herr Finanzminister in seinen ersten Budgetgrundsatz aufgenommen hat, entspricht keineswegs einer konjunkturgerechten Budgetpolitik.

Ich habe schon gesagt, daß zur Belebung der Wirtschaft ein Budgetdefizit durchaus vertretbar ist und keinesfalls den Erkenntnissen einer modernen Budgetpolitik widerspricht. Nur bei Vollbeschäftigung und Preisstabilität ist das Verlangen nach einem ausgewogenen Budget heute noch gültig. In dem uns gesteckten engen Rahmen des vorliegenden Budgets gilt als Hauptaufgabe, die Zuwachsrate der Wirtschaft zu vergrößern.

Der Appell des Herrn Finanzministers an die gesetzgebende Körperschaft, also an das Parlament, bei Beratung von Gesetzentwürfen die im Geschäftsordnungsgesetz verankerte Bedeckungsklausel in stärkerem Ausmaß zu beachten, ist an die falsche Adresse gerichtet. Die Abgeordneten dieses Hauses waren es, die gegen die fortwährenden Budgetüberschreitungen in den vergangenen Jahren immer wieder Stellung genommen haben. Ich will in Erinnerung rufen, daß die Budgetüberschreitungen, von denen die Abgeordneten des Parlaments erst nachträglich Kenntnis erhielten, wo sie also diese Überschreitungen nur „zur Kenntnis“ nehmen konnten, im Jahre 1961 4,5 Milliarden Schilling betragen; im Jahre 1962 waren es immer noch mehr als 3 Milliarden Schilling, und erst im Jahre 1963, als durch die Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes die Dispositionsmöglichkeiten des Finanzministers eingeschränkt wurden, haben die Budgetüberschreitungen ein tragbares Ausmaß angenommen. Im Jahre 1963 sind bisher Überschreitungen in der Höhe von etwa 300 Millionen Schilling an das Parlament zur Genehmigung herangetragen worden. Nicht die Abgeordneten des Parlaments haben das Budget überfordert, sondern, Herr Finanzminister, Ihre Vorgänger waren es, die durch bedenkenlose und hemmungslose Ausnutzung der ihnen vom Parlament gegebenen Ermächtigungen eine Überforderung der Budgets herbeigeführt haben. Die von mir aufgezeigte verfehlte Budgetpolitik in den vergangenen Jahren hat nicht zuletzt darin ihre Ursache.

Zu dem zweiten Budgetgrundsatz erlauben Sie mir darauf hinzuweisen, daß schon der damalige Herr Finanzminister Dr. Klaus einen allmäßlichen Abbau der Preisstützungen verlangt hat. Er sagte am 25. Oktober 1961, also vor zwei Jahren, in seiner Budgetrede zu dieser Frage folgendes: „Bei einem nunmehrigen Gesamtaufwand von über 2 Milliarden Schilling für Preisstützungen wird es auf die Dauer aber nicht zu umgehen sein, im Zusammenwirken mit allen beteiligten Faktoren eine Lösung anzustreben, die ohne Erschütterung des Preisgefüges auf einen allmäßlichen Abbau der Preisstützungen hinausläuft.“ Geschehen ist allerdings nichts. Man hat nicht einmal ernst zu nehmende Gespräche darüber begonnen. Ich weiß also nicht, ob Ihnen, Herr Finanzminister, mehr Glück in Ihren Bemühungen beschieden sein wird.

Die Stellungnahme der Sozialisten war in der Vergangenheit und ist auch heute eindeutig und klar: Der Abbau der Preisstützungen für landwirtschaftliche Produkte darf nicht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung erfolgen. Der von dieser Bevölkerung erarbeitete Lebensstandard darf keine Beeinträchtigung erfahren. Wir sind aber auch der Meinung, daß den Bauern ein gerechter Ertrag für ihre Arbeit zu geben ist. Aber wir glauben nicht, daß man Stützungsbezüge dorthin leiten soll, wo eine Stützung nicht notwendig und nicht erforderlich ist. Die Lösung dieser Frage ist in Zusammenhang mit der Integrationspolitik und den Integrationsbestrebungen notwendig. Aber auch dieses Problem ist wie viele andere Probleme kein spezifisch österreichisches. Andere Staaten, wie zum Beispiel die Schweiz, haben gerechte Lösungen bereits gefunden.

Die vom Herrn Finanzminister geforderte Modernisierung der österreichischen Verwaltung findet unsere ungeteilte Zustimmung. Es wird Aufgabe der Verwaltungsstellen sein, konkrete Vorschläge zu machen. Der sozialistische Klub hat, wie gestern ja bereits bekanntgegeben wurde, hinsichtlich der Kraftfahrzeugsteuer einen Vorschlag ausgearbeitet, der nicht nur wesentliche Verwaltungskosten einspart, sondern auch dem Staat nicht unbeträchtliche Mehreinnahmen sichert. Wir wünschen nur, daß solche Vorschläge nicht auf taube Ohren stoßen und nicht zur Ablage in den Schreibtischen verurteilt werden.

Den Beweis, meine Damen und Herren, wird man wohl bei der 13. Novelle zum ASVG. zu erbringen haben. Einer Fiktion nachzujagen, wie es die sogenannte Rentengerechtigkeit ist, die im wesentlichen an dem Leistungsniveau nichts ändert, aber Millionen

**Uhlir**

Schilling Verwaltungsmehrkosten verursacht, ist mit dem Verlangen des Herrn Finanzministers nicht vereinbar!

Wir werden uns erlauben, Ihnen, Herr Minister, noch eine erkleckliche Anzahl von Verwaltungsvereinfachungen vorzuschlagen. Wir hoffen, daß solche Vorschläge einer objektiven Prüfung unterzogen werden, denn wir sind überzeugt, daß durch solche Maßnahmen bedeutende Beträge eingespart werden könnten.

Hinsichtlich der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der Wachstumskraft der österreichischen Wirtschaft stimmen wir ebenfalls mit dem Herrn Finanzminister überein. Wir hoffen nur, daß der Weg, den wir hiebei zu gehen haben, der gleiche wird sein können.

Das Bewertungsfreiheitsgesetz wurde erst im Frühjahr dieses Jahres dem Parlament zur Beratung und Beschußfassung vorgelegt, obwohl man dem Parlament gerade den Vorwurf gemacht hat, daß es so spät eine Beschußfassung herbeigeführt hat. Es war also keinesfalls die Schuld der Abgeordneten, daß es erst so spät zu einer Beschußfassung hierüber kam. Wir waren aber auch der Meinung, daß das bisher bestandene Bewertungsfreiheitsgesetz den heutigen Erfordernissen nicht mehr gerecht wird und bei einem weiteren Bestand dieses Gesetzes zu Fehlinvestitionen führen muß. Einige Beispiele wurden von uns bei der Beratung dieses Gesetzes aufgezeigt. Wir waren der Meinung, daß dieses Gesetz den heute gegebenen Notwendigkeiten angepaßt werden soll. Das war in kurzer Zeit nicht möglich. Wir haben daher lediglich die Zustimmung für eine Verlängerung des Gesetzes auf weitere drei Jahre gegeben, allerdings mit dem Wunsch, daß möglichst bald Verhandlungen über ein neues Bewertungsfreiheitsgesetz aufgenommen werden, sodaß man nicht den Ablauf dieser drei Jahre abwarten muß.

Man soll aber eine Neuordnung der auch nach unserer Ansicht in der heute gegebenen Wirtschaftsordnung notwendigen Maßnahmen nicht auf einen Unterausschuß abschieben, sondern soll den Beschlüssen des Nationalrates entsprechen. Wir sind bereit — das haben wir bei den Verhandlungen wiederholt gesagt —, an einer vertretbaren konstruktiven Gestaltung dieses Gesetzes mitzuwirken.

Das gleiche gilt für die Schaffung von Investitionsmöglichkeiten bei kleinen Unternehmen. Wir anerkennen die Notwendigkeit der Förderung der Kapitalbildung auch für diese Unternehmergruppe, sind jedoch der Auffassung, daß der zur Beratung vorgelegte Gesetzentwurf diesem Ziel nicht dient. Nur Steuerermäßigungen zu gewähren, ohne die

Sicherheit zu haben, daß diese zweckgebundenen Steuerermäßigungen für Investitionen Verwendung finden, dafür können Sie unsere Zustimmung nicht haben. Wir glauben — und das haben wir damals vorgeschlagen —, das Zweckmäßigste und Richtigste wäre, ein umfassendes Wirtschaftsförderungsgesetz auszuarbeiten und damit ein brauchbares und systemgerechtes Konzept zur Förderung der gewerblichen und der industriellen Unternehmungen zu erstellen.

Zur Frage der Stärkung der Wachstumskraft der österreichischen Wirtschaft haben wir Sozialisten einen sehr konkreten Vorschlag gemacht, und zwar die Schaffung eines neuen 10-Jahres-Investitionsprogramms. Es ist unbestritten, daß das in den Jahren 1954 bis 1963 durchgeführte Investitionsprogramm die günstige Entwicklung der österreichischen Wirtschaft maßgeblich beeinflußt hat. Die im Rahmen dieses Investitionsprogramms durchgeführten Investitionen wirkten sich nicht nur für die Schaffung und Erhaltung der Vollbeschäftigung günstig aus, sondern sie schufen auch die Voraussetzungen für das weitere Wirtschaftswachstum. Angesichts der gegenwärtigen Verlangsamung des Wirtschaftswachstums soll nach unserer Meinung für die kommenden zehn Jahre ein neuerliches Investitionsprogramm beschlossen werden. Dieses neue Programm kann bereits an reiche Erfahrungen anknüpfen, die in der abgelaufenen Periode gesammelt werden konnten.

Zweck dieses langfristigen Investitionsprogramms ist es, die notwendigen öffentlichen Investitionen planmäßig durchzuführen, sie auf einen entsprechenden Zeitraum zu verteilen und die Investitionen nach konjunkturellen Grundsätzen zu lenken. Das langfristige Investitionsprogramm zielt also auf eine ausgleichende Investitionsstruktur ab. Aufgabe dieses Programms ist es auch, der Wirtschaft als Orientierungsbehelf zu dienen, denn es ermöglicht den betroffenen Wirtschaftszweigen, das voraussichtliche Auftragsvolumen der öffentlichen Hand ins Kalkül zu ziehen.

Es ist uns wohl bekannt, daß die Verfassung die Beschußfassung des Parlaments über die Verwendung von Mitteln, die eine Budgetperiode überschreiten, nicht zuläßt. Wir glauben aber, daß der gleiche Weg wie im Jahre 1953 gegangen werden kann, wo der damalige Finanzminister Dr. Kamitz dem Parlament dieses Investitionsprogramm zur Kenntnis gebracht hat. Dieses Programm bildete zehn Jahre hindurch indirekt einen Bestandteil des jährlichen Budgets. Das langfristige Investitionsprogramm für die kommenden zehn Jahre soll sich nach unserer Meinung von dem bisherigen Programm da-

1324

Nationalrat X. GP. — 27. Sitzung — 4. November 1963

**Uhlir**

durch unterscheiden, daß es sich nicht nur auf Bundesbahn, Post und Autobahn beschränkt, sondern daß es auch langfristige Investitionen für den Wohnungsbau, für die Elektrizitätswirtschaft, für die Hochschulen, für den Hochwasserschutz und auch für die aktive Arbeitsmarktpolitik enthalten soll. Die Gesamthöhe der für diese Investitionen notwendigen Mittel beläuft sich auf etwa 45 Milliarden. Die Höhe der Aufwendungen wurde den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten angepaßt.

Weiters sollten diese Investitionen des Gesamtplanes auf die einzelnen Jahre unter Berücksichtigung der mutmaßlichen wirtschaftlichen Entwicklung aufgeteilt werden. Dieses Investitionsprogramm ist also ein sehr wirksames konjunkturelles Instrument.

Wir Sozialisten haben, wie ich dargelegt habe, sehr konkrete Vorschläge für die günstige Gestaltung der kommenden wirtschaftlichen Entwicklung gemacht. Wir hoffen nur, daß unsere Vorschläge zum Gegenstand eingehender Beratungen im Parlament und in der Regierung gemacht werden.

Das vorliegende Budget unterscheidet sich nach unserer Auffassung sehr wesentlich von dem Finanzgesetz des Jahres 1963. Durch dieses Finanzgesetz, das wir nunmehr zu beraten haben, werden Mittel für den Wohnungsbau, für über den Rahmen des Jahres 1963 hinausgehende sozialpolitische Maßnahmen und für das Hochschulwesen zur Verfügung gestellt. Wir begrüßen es, daß sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, unter allen Umständen finanzielle Bedeckungsmöglichkeiten für die erforderlichen Mehraufwendungen in diesen drei Verwaltungsbereichen zu schaffen.

Der Wohnungsbau, die Schaffung von mehr Wohnraum für die Bevölkerung, vor allem für unsere jungen Staatsbürger, gehört wohl zu den dringlichsten Anliegen der Allgemeinheit. Wer mit Wohnungsfragen befaßt wird — und kein Politiker kann sich von dieser Frage fernhalten —, der weiß, was für menschliche Katastrophen durch Wohnungsnot entstehen können und auch fortwährend tatsächlich entstehen. Wenn wir es mit der Familienpolitik ernst meinen, wenn Familienpolitik nicht nur eine hohle politische Phrase sein soll, dann müssen wir in den kommenden Jahren unsere ganze Aufmerksamkeit der Lösung dieser Aufgabe widmen.

Für mich war es erschütternd, zu vernehmen, daß in Österreich fast 100.000 Wohnungen leerstehen. Wenn wir auch annehmen, daß nur die Hälfte dieser Wohnungen als wirklich leerstehend bezeichnet werden kann, weil durch Nachlaßabhandlungen bei Todesfällen die Vermietung noch nicht erfolgen konnte, weil

am Stichtag die Vermietung noch nicht durchgeführt worden war, oder weil Wohnraum für den Fremdenverkehr in den Sommer- und Wintermonaten bereithalten werden muß — vielleicht gibt es noch andere Gründe —, so bedeutet doch das Leerstehen von nur 50.000 Wohnungen eine sehr gewaltige wirtschaftliche Belastung. Nehmen wir an, daß für den Neubau einer Wohnung nur 120.000 Schilling aufgewendet werden müssen — der Aufwand ist heute tatsächlich schon viel höher —, so bedeutet das Leerstehen von 50.000 Wohnungen eine Belastung der Wirtschaft im Ausmaß von 6 Milliarden Schilling. Ein ganz gewaltiger Betrag!

Unter diesem Gesichtspunkt erhält das Verlangen der Sozialisten — in den vergangenen Jahren immer und immer wieder vorgebrachten — auf Schaffung eines Wohnraumlenkungsgesetzes eine sehr bedeutende wirtschaftliche Begründung. Wir Sozialisten haben es bedauert, daß im Jahre 1963 keine Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestanden sind. Der damalige Finanzminister Dr. Klaus hat bei den Regierungsverhandlungen, in denen auch Umfang und Ausmaß des Bundesfinanzgesetzes 1963 festgelegt wurde, die Dotierung des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds, aber auch des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds abgelehnt. Es gelang uns nur, aus den für die Landesverteidigung vorgesehenen Mitteln 20 Millionen Schilling freizubekommen, die je zur Hälfte dem Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und dem Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zur Verfügung gestellt werden konnten. Dadurch ist ein Jahr zur Lösung dieser Frage ungenutzt verstrichen.

Wir begrüßen es daher, daß durch das vorliegende Bundesfinanzgesetz im Jahre 1964 für beide Fonds je 250 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden, daß also im kommenden Jahr wieder eine halbe Milliarde Schilling für Kredite für den Bau von Wohnungen verfügbar sein werden.

Wir stellen mit Genugtuung fest, daß für die wirtschaftlich Schwächsten im Staate, für die Pensionisten in der Privatwirtschaft, durch das Bundesfinanzgesetz die Möglichkeit geschaffen wurde, eine Erhöhung der Pensionen um 6 Prozent und eine Erhöhung der Richtsätze für die Gewährung der Ausgleichszulage um 60 Schilling monatlich vorzunehmen, daß die Leistungen in der Kriegsopfersversorgung verbessert werden können und daß auch eine Verbesserung der Leistungen an die Opfer des Faschismus ermöglicht wird. Wir begrüßen diese Maßnahmen, weil damit auf Drängen der Sozialisten der Stillstand auf dem sozialpolitischen Sektor überwunden wurde. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Uhlir**

Sozialpolitische Probleme zu lösen darf niemals nur eine Frage des Rechenstiftes sein, sozialpolitische Maßnahmen sind Pflichtleistungen der Allgemeinheit. Ich habe — mir selbst schon zum Überdruß — in diesem Hause wiederholt gesagt und wiederhole es diesmal wieder: Die Menschen, auf deren Arbeitsleistung sich der Wohlstand unseres Staates aufbaut, die durch ihre Arbeitsleistung die Grundlage für den wirtschaftlichen Aufstieg unseres Staates gelegt haben, haben ein Recht darauf, dann, wenn sie nicht mehr arbeiten können, zu verlangen, daß ihre wirtschaftliche Existenz gesichert ist. (*Beifall bei der SPÖ.*) Die Kriegsopfer, die wahrlich am ersten und zweiten Weltkrieg nicht schuld waren, die Eltern, die im Krieg ihre Söhne verloren haben, die politischen Opfer des Faschismus, sie alle haben ein Recht darauf, daß ihre wirtschaftlichen Sorgen beachtet werden und daß ihnen geholfen wird.

Alljährlich wenn der Bundesvoranschlag zur Verhandlung steht und bei den Verhandlungen festgestellt wird, daß für die Staatsausgaben nicht die volle Bedeckung vorhanden ist, wird mit einem Seitenblick auf die Sozialpolitik von einer „Überforderung des Staatshaushaltes“ gesprochen. Wenn dieses Argument wahr wäre, dann würden wir, wie wir dies in der Vergangenheit immer wieder getan haben, Gründe über Gründe finden, die diese sozialpolitischen Maßnahmen rechtfertigen. Man soll nicht von Naturrecht, von Humanismus reden, wenn man in Wahrheit den Materialismus vor den Humanismus stellt. Aber die wiederholt aufgestellte Behauptung, durch die soziale Verwaltung werde das Budget überfordert, ist ja nicht einmal wahr. Einige Zahlen sollen dies wieder einmal beweisen.

Die Ausgaben der laufenden Gebarung des gesamten Bundeshaushaltes betrugen im Jahre 1954 22.917 Millionen Schilling und erreichen im Jahre 1964 die Höhe von 57.240 Millionen Schilling. Die Ausgaben der sozialen Verwaltung betrugen im Jahre 1954 3.681 Millionen Schilling und erreichen im Jahre 1964 die Höhe von 7.657 Millionen Schilling. Der prozentuelle Anteil der Ausgaben für soziale Verwaltung betrug demnach im Jahre 1954 16,1 Prozent und verringerte sich bis zum Jahre 1964 auf 13,4 Prozent. Noch deutlicher wird dieses Bild, wenn man Beihilfen, Renten und öffentliche Unterstützungen mit den Gesamtausgaben des Staatshaushaltes vergleicht. Der Ausgabenanteil für diese sozialen Leistungen im Verhältnis zum Staatshaushalt betrug im Jahre 1954 23,2 Prozent und verringerte sich bis zum Jahre 1964 auf 16,8 Prozent. Das heißt also: Die Auftriebskräfte für das Budget

liegen keineswegs auf dem Gebiete der sozialen Verwaltung. Man soll endlich damit aufhören, von einer Überforderung des Budgets durch sozialpolitische Maßnahmen zu reden, weil das nicht wahr ist.

Daß den Erfordernissen des Schulwesens und besonders des Hochschulwesens durch dieses Finanzgesetz Rechnung getragen wird, findet unsere volle Zustimmung. Daß endlich die Feilscherei um einige Millionen Schilling für die kulturellen Notwendigkeiten aufhört, ist zu begrüßen.

So wie die Aufwendungen für das Wohnungswesen und für die soziale Verwaltung gehören auch die Aufwendungen für den kulturellen Sektor zu den finanziellen Maßnahmen, die nicht vernachlässigt werden dürfen. Tun wir das doch, dann werden wir die Folgen einer solchen Bagatellisierung im vollen Ausmaße zu tragen haben. Wenn für diese Aufwendungen Opfer der Allgemeinheit erforderlich sind, dann müssen diese Opfer, glaube ich, auch getragen werden. Kulturbanausentum hat in der heutigen Welt der Realitäten keinen Platz.

Wir haben vor kurzem erst das Studienbeihilfengesetz beschlossen und damit die ungleichen wirtschaftlichen Voraussetzungen für das Hochschulstudium wenn schon nicht beseitigt, so doch wesentlich gemildert. Der Nationalrat hat in einer der letzten Sitzungen Budgetüberschreitungen für das Hochschulwesen im Gesamtbetrag von 180 Millionen Schilling bewilligt. Wir wissen, daß diese 180 Millionen Schilling nicht mehr im Jahre 1963 ausgegeben werden können, sondern daß sie eine effektive Erhöhung der Ausgabenansätze für das Unterrichtsressort, die im vorliegenden Budget vorgesehen sind, darstellen. Wir glauben nur, darauf hinzuweisen zu müssen, daß diese Mittel nach einem Plan, der die innere und äußere Hochschulreform beinhaltet, verwendet werden sollen. Wir hoffen aber auch, daß dem Parlament über das Erreichte laufend berichtet wird.

Hohes Haus! Nicht allein Kritik zu üben ist der Sinn meiner Ausführungen. Meine Ausführungen waren getragen von der Sorge um die weitere wirtschaftliche Entwicklung unseres Staates. Ziele unserer Wirtschaftspolitik haben zu sein: Erhaltung der Vollbeschäftigung, Sicherung der Kaufkraft des Schillings, Förderung des Wachstums unserer Wirtschaft und ungeschmälerte Erhaltung des erarbeiteten Lebensstandards unserer Bevölkerung. Hierbei ist einer fortschrittlichen Sozialpolitik und den kulturellen Bedürfnissen des österreichischen Volkes Rechnung zu tragen. Nur mit einer solchen Zielsetzung hat die gemeinsame Arbeit Sinn und Zweck.

1326

Nationalrat X. GP. — 27. Sitzung — 4. November 1963

**Uhlir**

In diesem Sinne geben wir Sozialisten dem vorliegenden Budget unsere Zustimmung. (*Lebhafte Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident:** Als nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Withalm zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Withalm (ÖVP): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn ich im Namen der Österreichischen Volkspartei zum Bundesfinanzgesetz 1964 das Wort ergreife, so nicht, um vom Standpunkt der stärksten Partei dieses Hauses, die den Finanzminister stellt, in die Budgetdebatte eine politische Note hineinzutragen, sondern einzig und allein in der Absicht, zu einer konstruktiven Budgetdebatte beizutragen. Ich ver sage es mir daher ganz bewußt, heute zu den Ausführungen des Kollegen Dr. Kandutsch Stellung zu nehmen.

Wir haben uns zwar mit dem Budget für 1964 zu befassen, können dieses Budget aber nicht isoliert sehen. Es ist ein Knoten in einem weitverzweigten Netzwerk von Zusammenhängen. Das gilt in bezug auf Einnahmen und Ausgaben, das gilt in bezug auf die Geld- und die Gütermenge unserer Volks wirtschaft, das gilt in bezug auf den Aufgaben bereich des Staates im Verhältnis zu kleineren Gemeinschaften und zur Einzelpersönlichkeit, und das gilt nicht zuletzt in bezug auf frühere und zukünftige Budgets.

Wir müssen uns daher die Frage stellen, wie sich dieses Budget währungspolitisch und gesellschaftspolitisch auswirkt, welche Änderungen seine Ausgabenstruktur gegenüber dem Budget für 1963 aufweist und inwieweit diese Änderungen zukünftigen Aufgaben der Budget politik Rechnung tragen. Nicht zuletzt müssen wir uns überlegen, was ein am Wachstum des Sozialproduktes orientierter Staatshaushalt auf lange Sicht selbst zu diesem Wachstum beitragen kann und welche Rangordnung wir dabei in den noch verbleibenden drei Jahren dieser Gesetzgebungsperiode einzuhalten haben.

Ich möchte vorerst zur Globalbeurteilung dieses Budgets sagen, daß es keineswegs ein Idealbudget ist, daß aber in der gegebenen sehr schwierigen Situation keine bessere Lösung zu erzielen war. Oder, um es bildlich auszudrücken: Wir können der Regierung, die das Steuer dieser Budgetpolitik in Händen hält, jederzeit attestieren, daß sie weder im Straßengraben einer Budget- und Regierungs krise noch im Straßengraben massiver Steuer erhöhungen und offener Inflation gelandet ist. Es wäre aber auch eine Selbsttäuschung, würden wir glauben, daß wir uns sparsicher auf der glatten Fahrbahn einer Budgetpolitik bewegen, die währungspolitisch völlig unge-

fährlich und wachstumspolitisch optimal ist. Dessen müssen uns gerade wir, die Abgeordneten dieses Hohen Hauses, die wir eine stärkere Einflußnahme auf das Budget verlangt und erhalten haben, bewußt sein.

Kollege Uhlir hat von einer Überforderung des Budgets gesprochen und darauf hingewiesen, daß daran nicht die Regierung und nicht die Abgeordneten schuld seien, sondern die jeweiligen Finanzminister, gleich, ob das Kamitz, Klaus oder Heilingsetzer war. Herr Kollege, ich glaube, wir sind uns vollkommen darüber im klaren und wissen ganz genau, wie Forderungen an den Staatshaushalt zu stande kommen. Es sind weder die Abgeordneten dieses Hohen Hauses, es ist auch nicht die Regierung, und es sind auch nicht die Finanzminister, die letzten Endes doch nur das, was irgendwo anders beschlossen wurde — wir wissen schon, wo (*Abg. Doktor Kandutsch: Wo denn?*) —, zur Kenntnis nehmen mußten, beziehungsweise dafür Sorge zu tragen hatten, daß diese Dinge vollzogen werden konnten.

Es ist außerordentlich schwierig, über die währungspolitische Auswirkung des Budgets etwas zu sagen, weil das von sehr vielen Faktoren abhängt. Aber es ist möglich, Zusammenhänge und Gefahren aufzuzeigen. Der Budgetrahmen als solcher ist währungspolitisch nicht ausschlaggebend, sondern die Frage, ob die Erhöhung der Staatsausgaben mit den durch das Wachstum des Sozialproduktes bedingten Einnahmen Schritt hält oder diesen vorausseilt. Für die gesamten öffentlichen Haushalte ist diese Frage — leider, möchte ich sagen — mit der Feststellung zu beantworten: Die Staatsausgaben eilen dem Sozialprodukt voraus! Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte ohne die Durchlauferposten, ohne die Überweisungen zwischen einzelnen Körperschaften und ohne die aus erwerbswirtschaftlichen Einnahmen bedeckten Ausgaben der erwerbswirtschaftlichen Verwaltungszweige sind von 63,5 Milliarden Schilling im Jahre 1960 auf 84,4 Milliarden Schilling im Jahre 1963 angestiegen. Ihr Anteil am Bruttonationalprodukt hat sich von 39,4 Prozent im Jahre 1960 auf 40,2 Prozent im Jahre 1961, auf 41,4 Prozent im Jahre 1962 und voraussichtlich auf 42,5 Prozent in diesem Jahr erhöht. Dabei entfallen 52 Prozent der Ausgaben aller öffentlichen Haushalte auf den Bund.

Diese Tendenz, daß die öffentliche Hand einen immer größeren Anteil am Volkseinkommen für sich beansprucht, wird durch das Budget für 1964 leider nicht unterbrochen werden, rechnet man doch für das nächste Jahr mit einem Wachstum des Sozialproduktes

**Dr. Withalm**

von 3 bis 4 Prozent, während die Ausgaben allein in der ordentlichen Gebarung 1964 um mehr als 6 Prozent höher veranschlagt sind als für 1963. Diese Differenz zwischen der Zunahme der Staatsausgaben und dem weniger starken Wachstum des Sozialproduktes muß entweder durch Zwangssparen — was auf Steuererhöhungen hinausläuft — oder durch Anleihen — was auf eine Belastung in späteren Jahren hinausläuft — gedeckt werden.

Bei diesem Budget wurde bis auf den Einzelfall der Brannweinsteuern von Steuererhöhungen abgesehen, was erfreulich ist, aber dafür wird in stärkerem Maß der Kapitalmarkt in Anspruch genommen werden müssen. Auslandskapital kann in der heute in Österreich gegebenen Situation inflatorisch wirken, wenn nicht gleichzeitig eine Erhöhung des Importvolumens erfolgt. Auch massive Inlandsanleihen sind noch keine Garantie für eine währungspolitisch neutrale Finanzierung. Hier kommt es darauf an, daß möglichst viele echte Publikumszeichnungen erfolgen und damit auch tatsächlich ein Konsumverzicht verbunden ist.

Es wird jedenfalls sehr schwer sein, dieses Budget in einer Art zu vollziehen, die währungspolitisch vollkommen unbedenklich ist. Es wird dies bei den Einnahmen aus öffentlichen Abgaben umso schwerer sein, je geringer unser Sozialprodukt tatsächlich wachsen wird. Anderseits dürfen wir nicht übersehen, daß es auch im Falle einer Konjunkturbelebung nicht leicht sein wird, zugleich mit den dann wachsenden Ansprüchen der Wirtschaft an den Kapitalmarkt die Bedürfnisse des Bundes zu befriedigen. Nach der Erfahrung müßten jedenfalls inflationistische Wirkungen vom Staatshaushalt dann ausgehen, wenn der jetzt zur Beschußfassung vorliegende Ausgabenrahmen nicht gehalten, sondern noch wesentlich überschritten wird.

Das Parlament wird im nächsten Jahr zu zeigen haben, ob es gewillt und in der Lage ist, die Rechte, die es sich bei der Genehmigung von Ausgaben gesichert hat, auch im Sinne einer erhöhten Verantwortung für die Währungsstabilität aufzufassen. Es kann sogar der Augenblick kommen, in dem sich das Parlament entschließen muß, die Verantwortung für Ausgabenkürzungen zu übernehmen, die früher der Finanzminister selbst übernommen hat.

Die ständige Zunahme des Anteiles der Staatsausgaben am Sozialprodukt hat aber nicht nur eine währungspolitische, sondern auch eine gesellschaftspolitische Seite. Mehr Staatsausgaben sind ein Symptom für erweiterte Staatsaufgaben und eine stärkere Verfügungsgewalt des Staates über Geld, Wirt-

schaft und schließlich auch über die Menschen. Es besteht kein Zweifel, daß unser Staat wichtige Gemeinschaftsbedürfnisse zu erfüllen hat, für die auch die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen sind.

Bei der Frage: Was ist ein Gemeinschaftsbedürfnis ?, befinden wir uns aber bereits auf der politisch-weltanschaulichen Ebene. Hier steht dem Prinzip, möglichst alle Bedürfnisse der Menschen auf dem Wege über die Gemeinschaft zu befriedigen, das Subsidiaritätsprinzip gegenüber, das, ausgehend von der Selbstverantwortlichkeit des einzelnen, auch kleineren Gemeinschaften als dem Staat wichtige Aufgaben zuweist.

Uns christliche Demokraten trennt von den Sozialisten keineswegs die geringere Bereitschaft, zu helfen. Das stünde ja im Widerspruch zu unserer christlichen Grundauffassung. Es steht aber nirgends geschrieben, daß jede Hilfe, die Menschen von Menschen zuteil wird, über den Staat erfolgen muß. Es gibt auch eine Hilfe zur Selbsthilfe, und es gibt auch eine Gemeinschaftshilfe auf der Ebene kleinerer Gemeinschaften. Die beste Hilfe ist in unseren Augen nicht die, die zur Vermehrung und Zementierung politischer Macht auf der einen Seite und zur Hilfsbedürftigkeit und Abhängigkeit auch dort führt, wo früher Selbsthilfe und Selbständigkeit möglich war. (*Beifall bei der ÖVP.*) Sehen wir doch unser eigenes Volk hier mit demselben Respekt wie die Völker der Entwicklungsländer, und richten wir unseren Blick weniger auf die dauernde Abhängigkeit und mehr auf die Förderung echter Unabhängigkeit! Es ist nicht die stolzeste Bilanz, festzustellen, daß die Zahl der auf staatliche Hilfe Angewiesenen ständig zunimmt. Es sollte uns vielmehr mit Stolz erfüllen, wenn einmal da oder dort die Hilfe des Staates nicht gebraucht wird. Umso eher wird dann der Staat in der Lage sein, dort, wo man wirklich auf ihn angewiesen ist, echte und ausreichende Unterstützung zu bieten. (*Erneuter Beifall bei der ÖVP.*)

Nach diesen grundsätzlichen Überlegungen möchte ich zu der Änderung einzelner Budgetansätze Stellung nehmen. Ich will hier weder eine erschöpfende Darstellung geben, noch das, was in der Spezialdebatte zu sagen sein wird, vorwegnehmen. Ich begnüge mich vielmehr mit einigen Schwerpunkten, die uns vom Standpunkt der Österreichischen Volkspartei von Bedeutung erscheinen.

Auf der Einnahmenseite erscheint der veranschlagte Ertrag der öffentlichen Abgaben als sehr optimistisch geschätzt. Es wird gegenüber 1963 mit Mehreinnahmen von  $7\frac{1}{2}$  Prozent gerechnet. Ich darf hier darauf verweisen, daß die Zuwachsrate des Ertrages

**Dr. Withalm**

der öffentlichen Abgaben seit 1961 ständig abgenommen hat. In den ersten neun Monaten des Jahres 1961 gingen noch um 19,1 Prozent mehr ein als im gleichen Zeitraum des Jahres 1960, in den ersten neun Monaten des Jahres 1962 aber nur mehr um 11,9 Prozent und in den ersten neun Monaten dieses Jahres nur mehr um 2,8 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei ist die Belastung unseres Bruttonationalproduktes durch Steuern, international gesehen, sehr hoch und hat zunehmende Tendenz.

Der Anteil der indirekten und direkten Steuern und steuerähnlichen Einnahmen der öffentlichen Hand am Sozialprodukt betrug 1960 30,6 Prozent und wird 1964 voraussichtlich 34 Prozent erreichen. Mit einer steuerlichen Belastung des Sozialproduktes von 32,9 Prozent stand Österreich bereits 1961 in Europa an zweiter Stelle, während Frankreich, Italien, Großbritannien, die Niederlande, Belgien und die Schweiz eine schon zum Teil wesentlich niedrigere Belastung aufwiesen. Die deutsche Bundesrepublik, die im Jahre 1961 eine noch stärkere Steuerbelastung aufzuweisen hatte, ist nun entschlossen, die Steuerbelastung zu mildern. Dadurch soll eine Entlastung der Steuerzahler von umgerechnet rund 20 Milliarden Schilling jährlich eintreten, die im Sinne einer echten Mittelstandspolitik Ledigen mit einem Einkommen bis zu einer halben Million jährlich und Verheirateten mit einem Einkommen bis zu 1 Million Schilling jährlich zugute kommen soll.

Auch außerhalb Europas denkt man an eine Milderung der Steuerbelastung. Wenn die revidierten Vorschläge der amerikanischen Regierung über die Steuersenkung verwirklicht werden, wird die Körperschaftsteuer in den Vereinigten Staaten von Amerika mit einem Höchstsatz von 48 Prozent unter dem österreichischen Höchstsatz von 51,92 Prozent liegen.

Die Steuerbelastung wird durch dieses Budget erfreulicherweise nicht verstärkt. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß bei einer Geldentwertung, die in Österreich im Durchschnitt der Jahre 1952 bis 1962 2,3 Prozent betrug, in den Jahren 1961 und 1962 jedoch durchschnittlich 5,4 Prozent, allein schon durch das Hineinwachsen höherer Nominaleinkommen in eine stärkere Progression eine beträchtliche Mehrbelastung eintritt. Hier müssen wir allen, die in diesem Lande etwas leisten, etwas ersparen und etwas investieren wollen, und allen, die persönliches Eigentum bilden oder sich selbstständig machen wollen, eine größere Sicherheit bieten, nämlich das grundsätzliche Bekenntnis zu einer Budgetpolitik, die darauf verzichtet, die Bürger

dieses Staates in noch stärkerem Maß als bisher für den Staat arbeiten zu lassen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Schon jetzt, meine Damen und Herren, geht von dem, was sich die Menschen in diesem Lande erarbeiten, nicht nur ein Zehent, sondern ein Betrag von 34 Groschen je Schilling in die öffentlichen Haushalte. Würde dieser Anteil an der „Arbeit für den Staat“ noch zunehmen, dann könnte es sein, daß die Menschen überhaupt die Lust verlieren, mehr zu arbeiten und mehr zu sparen. Wenn aber die Chance der Menschen, selbst ihr Schicksal zu meistern, durch den Staat verschlechtert wird, dann muß der Staat damit rechnen, daß die Menschen in noch stärkerem Maße als bisher seine Ausfallhaftung für ihr Lebensrisiko in Anspruch nehmen werden. (*Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner übernimmt den Vorsitz.*)

Als nächstes möchte ich die Gewinnabfuhr der verstaatlichten Unternehmungen erwähnen. Sie ist für 1964 um 69 Millionen Schilling niedriger veranschlagt als für 1963. Ich erwähne dies nicht in erster Linie deshalb, weil hier der Staatskasse ein paar Millionen Schilling weniger zufließen, sondern darum, weil dies ein Symptom für die Entwicklung der verstaatlichten Unternehmungen ist. Diese Entwicklung mußte uns in letzter Zeit mit ehrlicher Sorge erfüllen. Wir sind dafür, daß dieser Sektor unserer Wirtschaft, auf den ein Fünftel der industriellen Wertschöpfung entfällt, nicht stagniert, sondern zum Wachstum unserer Gesamtwirtschaft beiträgt. Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß derselbe Staat, der diese Betriebe etwa durch Bundeskredite bevorzugt, sie auf der anderen Seite auch benachteiligt, wenn er zum Beispiel aus politischen Gründen eine rationelle Betriebsführung erschwert. Der rapid zunehmende Kapitalbedarf erfordert, daß das knappe Kapital dort eingesetzt wird, wo es den größten Ertrag bringt. Deshalb kann nur eine Beseitigung der privilegierenden und diskriminierenden Wettbewerbsverzerrungen zu einer wettbewerbsgerechten Investitionsfinanzierung auch in diesem Bereich unserer Wirtschaft führen. Wir müssen diese Betriebe nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten führen und dürfen sie nicht als politisches Instrument betrachten, denn wir können uns in einem wirtschaftlich integrierten Europa von wirtschaftlich gesunden und wettbewerbsfähigen verstaatlichten Betrieben sehr viel, von verpolitisierten verstaatlichten Betrieben aber nur sehr wenig versprechen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Beseitigen wir deshalb auch die Diskriminierung dieser Betriebe, die ihnen die in der ganzen freien Welt übliche und normale Kapitalbeschaffung durch Ausgabe von

**Dr. Withalm**

Wandelschuldverschreibungen und jungen Aktien auf dem Kapitalmarkt bisher ausnahmslos verwehrt. Lassen wir dogmatische Gesichtspunkte gegenüber dem Wohl der Allgemeinheit und der in diesen Betrieben Beschäftigten zurücktreten!

Als Erlös aus dem Abverkauf von Vermögenswerten des ehemaligen deutschen Eigentums ist in diesem Budget ein Betrag von 369 Millionen Schilling eingesetzt, das sind um 37 Millionen Schilling weniger als im Budget für 1963. Der dort eingesetzte Betrag von 400 Millionen Schilling ist aber nur zu weniger als der Hälfte tatsächlich ausgenutzt worden. Es ist erfreulich, daß sich anlässlich der Budgetverhandlungen beide Regierungsparteien dazu bekannt haben, wie ja bereits früher, daß es nicht Aufgabe des Staates ist, diese Vermögenswerte — und dazu zählen einige sehr gewichtige Firmen — zu behalten. Der Staat hat sehr wichtige Aufgaben vor sich, auf die ich beim Kapitel Unterricht gleich zu sprechen kommen werde. Er wird diese Aufgaben nur dann befriedigend erfüllen können, wenn er sich auf sie konzentriert und nicht seine Kraft durch Übernahme unternehmerischer Aufgaben, die bei Gott nicht seine ureigensten Aufgaben sind, verzettelt.

Die Ausgaben im Kapitel Unterricht sind mit 4097 Millionen Schilling um 341 Millionen Schilling höher veranschlagt als im Budget für 1963. Diese Vermehrung der Ausgaben ist umso erfreulicher, als immer mehr erkannt wird, daß Bildung als Investition zu betrachten ist. Wir müssen nicht nur das notwendige Sachkapital, sondern auch das notwendige Geistekapital bilden. Den Ausgaben für Erziehung und Forschung kommt ein wachstumsfördernder und wohlstandssteigernder Effekt zu. Die zusätzlichen 341 Millionen dürfen uns freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Steigerung gegenüber dem Vorjahr keineswegs einen Rekord darstellt. 1961 und 1962 betrug die Steigerung laut Rechnungsabschluß 7,3 und 10,1 Prozent, 1963 laut Voranschlag 8 Prozent und für 1964 laut Voranschlag 9,1 Prozent.

Meine Damen und Herren! Als Beispiel für die Dimensionen, in denen heute international gedacht wird, möchte ich hier den Bericht des britischen Hochschulkomitees, den sogenannten Robbins-Bericht, erwähnen, der in 111 Sitzungen und nach Besuchen in sieben Ländern entstanden ist und 178 konkrete Empfehlungen enthält. Zu diesen Empfehlungen gehört die Steigerung des Aufwandes für Hochschulen von 206 Millionen Pfund Sterling im Rechnungsjahr 1962/63 auf 742 Millionen Pfund Sterling im Rechnungsjahr 1980/81

und eine Verdoppelung des Anteils dieser Ausgaben am Sozialprodukt von 0,8 auf 1,6 Prozent. Grob gerechnet würde Großbritannien damit im Jahre 1980 für die Hochschulbildung 1000 S je Einwohner ausgeben, was, auf österreichische Verhältnisse umgerechnet, 7 Milliarden Schilling entspräche. In Großbritannien sollen sechs neue Universitäten gegründet und fünf neue Spezialinstitute für Wissenschaft und Technologie geschaffen werden. Die Zahl der Studierenden soll sich von derzeit 216.000 bis 1980 auf 560.000 erhöhen.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch erwähnen, daß das Eidgenössische Departement des Inneren in unserem Nachbarlande, der Schweiz, eine Kommission für Nachwuchsforschungen auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften, der medizinischen Berufe und der Mittelschullehren eingesetzt hat.

Allen diesen Bemühungen ist die Einsicht gemeinsam, daß die Berufsgliederung der Zukunft zur Beherrschung der modernen Einrichtungen einer breiten Schicht akademisch und technisch gebildeter Menschen bedürfen wird. Die Handarbeit wird angesichts des Einsatzes von Maschinen unproduktiver, die theoretische Bildung aber erweist sich immer mehr als Voraussetzung für produktive Leistungen. Die Ausschöpfung unserer Bega bungsreserven erscheint deshalb als entscheidender Beitrag zur Steigerung unseres künftigen Wohlstandes.

Nicht minder wichtig als die Ausbildung von Wissenschaftern und Technikern ist aber, wenn diese ihr Wissen in Österreich auch verwerten sollen, die Steigerung des Aufwandes für Forschung und Entwicklung. Die Aufwendungen unserer Wirtschaft für Forschung und Entwicklung sind mit 38 S je Kopf der Bevölkerung im Jahr wesentlich niedriger als in der Schweiz oder in der deutschen Bundesrepublik, wo sie 101 S beziehungsweise 125 S betragen. Ebenso bleibt Österreich mit den öffentlichen Aufwendungen für Forschung und Entwicklung weit hinter anderen Ländern zurück. Einer österreichischen Kopfquote von 4 S jährlich stehen die Schweiz mit 46 S, Schweden mit 50 S und die Niederlande mit 87 S gegenüber.

Im Kapitel Soziale Verwaltung sind die Ausgaben mit 5144 Millionen Schilling um rund 528 Millionen Schilling höher veranschlagt als im Budget für 1963. Wir begrüßen es, daß es möglich war, diese Leistungen zu erreichen. Wir würden uns aber einer Irreführung der Bevölkerung schuldig machen, würden wir verschweigen, daß eine rein nominelle Erhöhung dieser Leistungen für ihre Empfänger noch keinen Vorteil bringt.

1330

Nationalrat X. GP. — 27. Sitzung — 4. November 1963

**Dr. Withalm**

Es kommt vielmehr darauf an, daß die Geldnachfrage, die über diese Transfereinkommen geschaffen wird, auch tatsächlich ein entsprechendes Güterangebot vorfindet und so zu stabilen Preisen befriedigt werden kann. Das aber ist nur möglich, wenn wir nicht allein an die Ausgaben denken, sondern auch daran, wie das Wirtschaftswachstum gefördert werden kann.

Die wesentlichste Voraussetzung für das Wirtschaftswachstum ist die Investitionstätigkeit im öffentlichen und privaten Sektor. Die Hauptlast dieser Investitionstätigkeit liegt jedoch nicht beim Staat, sondern zu 60 Prozent bei den Investitionen der Unternehmungen. Diese Tatsache dürfen wir nie aus dem Auge verlieren. Die Förderung der Investitionstätigkeit in anderen Bereichen ist für das Wirtschaftswachstum noch bedeutsamer als die öffentlichen Investitionen. Diese öffentlichen Investitionen dienen insbesondere der längerfristigen Inangriffnahme von Großprojekten. Sie müssen aber auch flexibel genug sein, um den Erfordernissen einer antizyklischen Konjunkturpolitik Rechnung zu tragen. Die Initiative zu dem heuer zu Ende gehenden 10-Jahres-Investitionsprogramm ist deshalb nicht zuletzt von uns ausgegangen. (Abg. Rosa Weber: *Etwas ganz Neues!*)

Wir bekennen uns auch heute zu einem Mehrjahresprogramm für die öffentlichen Investitionen. Wir sollten aber dabei aus den Erfahrungen mit dem 10-Jahres-Programm lernen. Dieses Programm sah 10 Milliarden Schilling vor, davon 5,5 Milliarden für die Bahn, 3 Milliarden für die Autobahn und 1,5 Milliarden für die Post. Die tatsächlichen Ausgaben betrugen jedoch über 15 Milliarden Schilling. Die Erfahrung hat gezeigt, daß sich ein Programm mit dieser Laufzeit einfach nicht einhalten läßt, weil die Veränderungen auf technischem Gebiet und die Veränderungen der Kosten sowie der Kredit- und Budgetverhältnisse für einen so langen Zeitraum nicht vorhersehbar sind.

Diesem 10-Jahres-Programm von über 15 Milliarden Schilling soll nun nach den Vorschlägen der Sozialistischen Partei für die nächsten zehn Jahre ein 51-Milliarden-Programm oder, wie wir heute aus dem Munde des Kollegen Uhlir gehört haben, ein solches von 45 Milliarden Schilling folgen. Meine Damen und Herren! Das würde bedeuten, daß wir für die nächsten drei Jahre ein 15-Milliarden-Programm zu erstellen hätten — genauso viel wie in den letzten zehn Jahren.

Dazu kann man nur sagen: Dieses Programm ist sehr schön, aber leider nicht von dieser Welt. Unsere Aufgabe ist es nicht,

Luftschlösser zu bauen, sondern für das feste Fundament der Realität zu sorgen. (Abg. Czettel: *Das gleiche haben Sie 1952 auch gesagt!*) Nein, das haben wir damals nicht gesagt. Ich habe damals zufällig zu dem Thema gesprochen. Sie sehen doch, Herr Kollege: Um 50 Prozent ist es überschritten worden. (Abg. Czettel: *Rechnen Sie die Geldentwertung!*) Ich habe erklärt: Grundsätzlich sind wir sehr gerne bereit, mit uns darüber reden zu lassen. Wir müssen aber mit beiden Füßen auf dem Boden bleiben, und zwar auf einem sehr nüchternen, trockenen Boden. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun möchte ich noch einige Detailbemerkungen zu diesem Programm machen.

Die Vorsorge für solche Investitionen ist nichts Neues. Unserer Meinung nach sollen so wie schon bisher Investitionen bei Bahn, Post und Autobahn, in verstärktem Ausmaß aber auch Bildungsinvestitionen durchgeführt werden. Es wird sich auch über manche Dinge reden lassen, die Kollege Uhlir erwähnt hat. Nach der heutigen relativ günstigen — relativ günstigen! — Kapitalmarktlage sind mit Mühe insgesamt etwa 2,5 bis 3 Milliarden Schilling pro Jahr aufzubringen. Diese können jedoch nie zur Gänze vom Bund in Anspruch genommen werden, denn auch die Länder, die Gemeinden, die Energiewirtschaft und nicht zuletzt die Privatwirtschaft haben einen legitimen Anspruch, sich auf dem Kapitalmarkt Geld beschaffen zu können. Überdies wäre mit einer Benachteiligung der Privatwirtschaft wachstumspolitisch nichts gewonnen.

Jährlich durchschnittlich 5 Milliarden Schilling für den Bund aufzubringen zu wollen ist völlig illusionär. Eine Variationsmöglichkeit im Sinne der antizyklischen Konjunkturpolitik, also eine Steigerung über die durchschnittliche Jahrestangente von 5 Milliarden Schilling hinaus im Falle eines Konjunkturrückgangs — und das wäre dann notwendig —, erscheint erst recht als völlig illusionär. Ganz abgesehen davon würde sich aus diesem Programm rund eine Verdoppelung unserer Staatschuld unter Belastung des ordentlichen Haushaltes durch die Schuldentilgung ergeben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor allem diese Seite dieses so ambitionierten Programms hat uns ehrlich erstaunt, da man doch noch vor kurzem den Finanzminister wegen einer konjunkturpolitisch wirklich gerechtfertigten Erhöhung der Staatsschuld als Schuldensmacher anprangerte. (Abg. Doktor Migsch: *Das war falsch!*) Damals war das nicht falsch, Herr Kollege Migsch! (Abg. Dr. Migsch: *Ein Teil dessen, was Sie jetzt ausgeführt haben, war unsere Kritik an dieser*

**Dr. Withalm**

*Politik!*) Das war 1958/59 vollkommen richtig, um verschiedene Entwicklungen in die richtige Bahn zu lenken. (Abg. Dr. Hurdes: *Die Anschuldigung war falsch!* — Abg. Doktor Migsch: *Die Hälfte dessen, was Sie heute ausgeführt haben, war unsere Kritik an dieser Politik! Das fällt Ihnen jetzt nicht auf!*)

Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner (*das Glockenzeichen gebend*): Der Redner hat das Wort!

Abgeordneter Dr. Withalm (*fortsetzend*): Ich rede ja davon, daß diese Politik damals absolut richtig gewesen ist, Herr Minister Migsch!

Unsere Kritik an diesem offensichtlich etwas unausgereiften und übereilt der Öffentlichkeit vorgelegten Programm soll aber nicht bedeuten — das habe ich schon erwähnt, meine Damen und Herren —, daß wir uns nicht ernsthaft und verantwortungsbewußt mit der Frage eines mehrjährigen Investitionsprogramms auseinandersetzen wollen. (Abg. Czettel: *Das ist schon viel!*) Wir werden uns dabei aber nicht nur mit den öffentlichen Investitionen, sondern auch mit der Förderung der Investitionstätigkeit in den Betrieben und mit der Bildung von persönlichem Eigentum zu befassen haben. (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich meine damit das Konzept zur Förderung der privaten Kapitalbildung und die davon abhängende Finanzierung des Wirtschaftswachstums, das der Nationalrat im vergangenen Sommer in einer Entschließung verlangt hat.

Von der öffentlichen Hand geförderte Großprojekte gibt es nicht nur diesseits, sondern auch jenseits des Eisernen Vorhangs. Was unserem Land als einem Teil der freien Welt sein gesellschaftliches Gepräge gibt, sind nicht nur großzügig ausgebauten Verkehrswege und Kraftwerke, die es im Westen genauso wie im Osten gibt, sondern vor allem die breite Streuung des persönlichen Eigentums, deren Fehlen jedem, der den Eisernen Vorhang überschreitet, so kontrastreich in die Augen springt. Hunderttausende bäuerliche und gewerbliche Familienbetriebe, dauerhafte Konsumgüter im Besitz der arbeitenden Bevölkerung, hunderttausende Eigenheime und Eigentumswohnungen auch und gerade im Besitz von Arbeitnehmern und in Zukunft auch noch in größerem Maß Miteigentum in Form eines breit gestreuten Aktienbesitzes — das schwebt uns als Ziel unserer Eigentums-politik vor. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir wollen kein Volk, das nur auf Baustellen und in Arbeitsstätten des Staates arbeitet und dafür als Lohn ein Existenzminimum erhält. Wir wollen ein Volk, das sich auf breiter Basis auch wirtschaftlich selbstständig und initiativ betätigen und den

Lohn seiner Arbeit auch in dauerhafte Güter umsetzen kann. Wir wollen ein Volk von Eigentümern! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.* — Abg. Weikhart: *Theorie ohne Praxis!* — Abg. Dr. Migsch: *Und wir wollen ein Volk mit einem hohen Einkommen für jedermann!*) Ich hoffe, wir wollen dann das gleiche, Herr Minister Migsch. Ich nehme an, auch Sie wollen ein Volk von Eigentümern. Ich hoffe, daß wir da gleichgeartete und gleichgerichtete Interessen haben. (Abg. Doktor Migsch: *Ich kenne den Unterschied zwischen Einkommen und Eigentum!* — Abg. Probst: *Eigentümer schon — aber vorher sind wir für eine 6 prozentige Rentenerhöhung! Das ist gescheiter!*)

Meine Damen und Herren! Es ist in einer Demokratie selbstverständlich, daß es zwischen den Parteien — und wir sehen das bereits — Zielkonflikte gibt. Ein solcher Zielkonflikt besteht etwa zwischen der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei in der Abgrenzung zwischen Gemeinschafts- und Individualaufgaben oder in der Frage, wieviel Befehl von Seiten des Staates und wieviel Privatinitiative.

Dennoch glaube ich, daß es eine sehr tragfähige gemeinsame Plattform gibt, auf der wir solche Zielkonflikte austragen können, eine gemeinsame Plattform (Abg. Dr. Migsch: *Die haben Sie nie gesucht!*), die fast so selbstverständlich sein müßte wie der Erdboden, den wir unter unseren Füßen haben. (Abg. Weikhart: *Das sagen Sie heute! In der Vergangenheit haben Sie anders gesprochen! So selbstverständlich war es bei Ihnen in der Vergangenheit nicht!* — Abg. Dr. Migsch: *Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung!*) Herr Staatssekretär Weikhart, hören Sie einmal in Ruhe zu! Vielleicht ist gar kein Grund vorhanden, sich aufzuregen. Sie müssen sich nicht unbedingt bei allen meinen Reden aufregen. Ich sehe wirklich keinen Grund dazu. Hören Sie mir doch einmal in Ruhe zu! (Abg. Weikhart: *Aus einem Saulus wurde ein Paulus!* — Abg. Uhlir: *Withalm in Wandlung!*) Ich glaube, ich gebe an und für sich keinen Anlaß, daß Sie sich aufregen. Ich weiß daher wirklich nicht, warum Sie sich schon wieder aufregen. (Abg. Dr. Migsch: *Was Sie heute reden, ist anders!* — Abg. Weikhart: *Heute sind Sie ein Lämmchen!*) Ich höre das sehr gerne, nur mußte ich auf Grund Ihres Tones annehmen, daß Sie schon wieder durch irgend etwas in Aufregung gekommen sind, wozu absolut kein Anlaß gegeben war. (Abg. Dr. Kandutsch: *Ihre Ruhe macht nervös!* — *Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Die Ruhe macht nervös, meinen Sie, Herr Kollege? (Abg. Weikhart: *Der Wolf im Schafspelz!*)

1332

Nationalrat X. GP. — 27. Sitzung — 4. November 1963

**Dr. Withalm**

Meine Damen und Herren! Was wir alle — wir alle! — auf jeden Fall brauchen, ist eine weitere gesunde wirtschaftliche Expansion. Darüber scheinen wir uns doch vollkommen im klaren zu sein. Über die Frage, was zu einer solchen gesunden wirtschaftlichen Expansion führt, sollte es in einer freien Gesellschaft keinen großen politischen Methodenstreit geben, denn hier gibt es sehr schlüssige wirtschaftswissenschaftliche Argumente.

Es ist mit Österreich in bezug auf seine wirtschaftliche Expansion zum Unterschied von früheren Jahren in den letzten Jahren nicht zum besten bestellt. Von 1950 bis 1959 stand Österreich laut OECD-Statistik mit einer realen Zuwachsrate von 5,9 Prozent in Europa an dritter Stelle und wurde nur noch von der deutschen Bundesrepublik und von Griechenland übertroffen.

Die durchschnittliche Zuwachsrate in den europäischen OECD-Ländern, mit Ausnahme von Spanien, war zwischen 1950 und 1959 niedriger als in Österreich und betrug nur 4,4 Prozent. 1961 fiel Österreich mit einer Zuwachsrate von 4,7 Prozent bereits auf den sechsten Platz hinter Italien, Schweden, Norwegen, die deutsche Bundesrepublik und Dänemark zurück und lag unter der durchschnittlichen Zuwachsrate von 4,8 Prozent. 1962 fiel Österreich noch weiter, und zwar auf den neunten Platz in Europa, zurück und wurde mit seiner Zuwachsrate in Höhe von 2,3 Prozent von Frankreich, Italien, Dänemark, der deutschen Bundesrepublik, Belgien, Schweden, Norwegen und den Niederlanden übertroffen.

Die wichtigste Frage, die sich im Zusammenhang mit der Zuwachsrate des Sozialproduktes stellt, ist die nach der Investitionsrate, also nach dem Verhältnis zwischen den Bruttoinvestitionen und dem Sozialprodukt. Die Investitionsneigung der Unternehmer ist dabei nicht unmittelbar manipulierbar. Entscheidend bleibt das Vertrauen der Unternehmer in eine zielführende Währungs-, Finanz- und Integrationspolitik.

Ich darf auch hier die Position Österreichs durch einen internationalen Zahlenvergleich umreißen. Zwischen 1950 und 1959 stand Österreich unter den europäischen OECD-Ländern ohne Spanien mit seiner Investitionsrate von 21,4 Prozent an fünfter Stelle, 1962 aber nur mehr an siebenter Stelle. Die österreichische Investitionsrate ist von 23,6 Prozent im Jahre 1961 auf 21,6 Prozent im Jahre 1962 zurückgegangen.

Noch eindrucksvoller ist ein Vergleich der Bruttoinvestitionen pro Kopf der Bevölkerung. 1961 wurden in Österreich pro Kopf 6889 S und 1962 6502 S investiert. Ver-

gleichen Sie bitte diese 6502 S der österreichischen Investitions-Kopfquote mit der westdeutschen Kopfquote von 10.915 S und der schwedischen von 17.562 S!

Meine Damen und Herren! Die Kernaufgabe einer wachstumsbewußten Wirtschaftspolitik liegt darin, den treibenden Kräften des wirtschaftlichen Wachstums in ihrer Gesamtheit Spielraum und Förderung zu geben. Voraussetzungen hiefür sind:

1. genügend hohe Investitionen, die insbesondere dort erfolgen müssen, wo sie den größten Ertrag bringen;

2. kräftiger technischer und wissenschaftlicher Fortschritt, was für uns als eine kleine ökonomische Einheit besonders schwierig ist;

3. ständige qualitative Verbesserung der Ausbildung und Nutzung unseres Arbeitskräftepotentials einschließlich der geistigen Arbeiter.

Ich darf in diesem Zusammenhang den Berliner Wirtschaftssenator Karl Schiller — wohlgemerkt: einen Mann der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands — zitieren. Er erklärte im Oktober dieses Jahres in Essen:

„Eine Politik, welche aus einkommenspolitischen Gründen die Gewinn- oder Selbstfinanzierungsquote zu vermindern trachtet, darf nicht den Investitionswillen der Unternehmer und ihre Risikobereitschaft zur Anwendung des technischen Fortschrittes beeinträchtigen; bei der Art der modernen, oft revolutionierenden Investitionen und Neuerungen wird auf jeden Fall eine beträchtliche Selbstfinanzierungsquote nötig bleiben — wenn man die Expansion will. Und auch in diesen Grenzen“ — sagte Schiller weiter — „geht eine Politik zugunsten der Fremdfinanzierung nur, wenn sie auf erweiterter Stufenleiter Anschluß an den Kapitalmarkt findet, das heißt praktisch, wenn sie mit steigendem Lohn- und Gehaltseinkommen eine genügend erhöhte Sparneigung der Einkommensbezieher erreicht.“

Wir würden uns glücklich schätzen, wenn diese Einsichten und Ansichten Allgemeingut aller sozialistischen Parteien Europas wären. (*Abg. Dr. Migsch: Ich wäre froh, wenn sie bei euch endlich gedeihen würden!*) Bei uns wird ... (*Abg. Dr. Migsch: Denn vier Jahre haben Sie verschlafen!*) Herr Kollege Migsch! Wir werden uns sehr bemühen, dem, was der Ihnen nahestehende Wirtschaftssenator von Berlin gesagt hat, Rechnung zu tragen. Wir werden sehr in uns gehen, und wir werden uns sehr bemühen.

Da heute rund 43 Prozent des österreichischen Sozialproduktes über die öffentlichen Haushalte gehen, kommt diesen öffentlichen Haush-

**Dr. Withalm**

halten ein ganz entscheidender Einfluß auf die gegenwärtige und zukünftige Wirtschaftsentwicklung zu. Es erscheint uns notwendig, daß man deshalb auch langfristig und nicht nur von Jahr zu Jahr Überlegungen anstellt, die sich nicht nur auf den Umfang, sondern auch auf die Struktur des Budgets erstrecken. Ich gehe diesbezüglich mit Ihnen, Herr Kollege Uhlir, absolut konform.

Dieser Gedanke findet sich auch in der Regierungserklärung des deutschen Bundeskanzlers Erhard. Er sagte unter anderem:

„Es erscheint mir dringend geboten, daß sich Regierung und Parlament hinsichtlich der materiellen Anforderungen an den Haushalt über eine Rangordnung der Werte verständigen.“ Und weiter sagte Erhard: „Es erweist sich vielmehr als notwendig, die üblichen Jahreshaushalte in längerfristige, etwa vier Jahre währende Haushaltsüberlegungen einzubetten, um auf solche Weise sichere Maßstäbe für Wert- und Rangordnung der einzelnen Ausgaben zu gewinnen.“

Wir halten es für notwendig, in der österreichischen Budgetpolitik solche längerfristige Überlegungen zumindest für den Rest der Legislaturperiode anzustellen. In solche längerfristige Überlegungen über die Gestaltung des Staatshaushaltes muß dann die Budgetpolitik der einzelnen Jahre eingepaßt werden. Wir müssen dabei von dem Grundsatz ausgehen, daß die Einnahmen die Ausgaben bestimmen sollen. Eine Budgetexpansion wird also nur analog der Wachstumsquote unseres Sozialproduktes möglich sein. Deshalb sollten wir uns auch mehr Rechenschaft über das zu erwartende Wachstum geben. Bereits zu Beginn der Budgetbesprechungen müßten Unterlagen vorhanden sein, die Schlüsse über die Wachstumschancen der österreichischen Wirtschaft in den nächsten eineinhalb Jahren ermöglichen. Da nicht zuletzt auch von den Interessenvertretungen der Druck zu isolierten Budgetentscheidungen ausgeht, ist es besonders zu begrüßen, daß der bei der Paritätischen Kommission geschaffene wirtschafts- und sozialpolitische Beirat sich die Aufgabe gestellt hat, solche Unterlagen zu erarbeiten.

Die Aufgabe eines solchen längerfristigen Budgetkonzeptes — Herr Kollege Uhlir, ich glaube, Sie haben den gleichen Ausdruck gebraucht — müßte es sein, jene Positionen, die auf das Wirtschaftswachstum einen starken Anreiz ausüben, zu stärken, das aber in einem Gesamtrahmen zu tun, der weder einer leistungsfeindlichen Bedeckung durch Steuererhöhungen noch einer währungspolitisch bedenklichen Bedeckung des Defizits bedarf.

Es gibt Budgetfragen, die ihrer Natur nach ein längerfristiges Konzept verlangen, nämlich überall dort, wo der Staat unternehmerähnliche Funktionen ausübt und ebenso wie der Unternehmer bei der Festlegung der Investitionsziele, ihrer Rangordnung und ihrer Finanzierung längerfristig disponieren muß. Diese längerfristige Disposition darf aber nicht auf Kosten der Flexibilität gehen, denn der Staat kann seiner konjunkturpolitischen Verantwortung nur gerecht werden, wenn er auch bereits beschlossene Ausgaben zurückstellen oder zusätzliche Ausgaben beschließen kann.

Ein wesentlicher Gesichtspunkt eines längerfristigen Budgetkonzeptes ist die Vorsorge dafür, daß der Staat bei der Erfüllung seiner echten Aufgaben nicht beeinträchtigt wird. In diesem Zusammenhang muß überlegt werden, inwieweit Ausgaben, die derzeit über das Bundesbudget finanziert werden, auch von anderen Gemeinschaften und auch von den einzelnen Staatsbürgern getragen werden können.

Zum Wesen einer längerfristigen Budgetpolitik gehört auch die längerfristige Wachstumspolitik. Es kann auf die Dauer nicht gut gehen, wenn auf der einen Seite steigende Ausgaben des Staates nicht nur auf dem Investitionssektor, sondern auch auf dem Konsumsektor mehrere Jahre hinaus festgelegt werden, die zum Wirtschaftswachstum beitragenden Faktoren aber nur kurzfristig oder womöglich überhaupt nicht in Betracht gezogen werden.

Eine längerfristige Budgetpolitik ist auch als Bestandteil der Stabilisierungspolitik anzusehen. Die Einhaltung der Grenzen der Budgetexpansion, die geldwertneutrale Finanzierung der Staatsausgaben und eine konjunkturpolitisch orientierte Expansion der öffentlichen Investitionen und des Konsums sind nicht möglich, wenn die Jahresbudgets immer wieder isoliert betrachtet werden und wenn man sich womöglich der Hoffnung hingibt, die in einem Jahr begangenen Fehler würden im nächsten Jahre von selbst wieder gutgemacht werden.

In diesem Zusammenhang muß die überragende Bedeutung eines stabilen Geldwertes erkannt werden. Geldwertstabilität ist nicht nur eine Voraussetzung für die Sparleistungen der Bevölkerung, ohne Geldwertstabilität wird auch jede längerfristige Planung rein instrumental sinnlos, weil mit zunehmendem Kaufkraftschwund die Nominalplanung und ihr realer Effekt immer wieder auseinanderklaffen.

Selbstverständlich müssen auch bei allen legistischen Maßnahmen längerfristige Er-

1334

Nationalrat X. GP. — 27. Sitzung — 4. November 1963

**Dr. Withalm**

wägungen, die das Budget auf die Dauer belasten, angestellt werden. Es mag am Tag der Beschußfassung von Gesetzen politisch interessant sein, welche Vorteile den Wählern daraus erwachsen. Budgetpolitisch aber ist entscheidend, welche Lasten der Staat von nun an Jahr für Jahr zusätzlich zu tragen hat, Lasten, die, wie jeder Realpolitiker weiß, nur mehr sehr schwer abzubauen sind.

Übersehen wir auch nicht die rechtlichen Probleme einer längerfristigen Budgetpolitik. Die alljährliche Inkamerierung der nicht ausgenützten Kredite ist ein Beispiel für die Mängel der Jahresbudgetierung. Ein anderes Beispiel ist die willkürliche Verlagerung von Staatsausgaben in das Vorjahr oder in das nächste Jahr.

Ich darf noch einmal kurz die Vorteile eines langfristigen Budgetkonzepts zusammenfassen: Es ermöglicht eine rationellere Auswertung der Finanzkräfte und damit billige Finanzierung, und es erleichtert es, die Budgets im Rahmen dessen zu halten, was wirtschaftlich möglich ist. Eine Reihe von Problemen — ich erwähne nur den Kapitalmarkt, die Subventionen, das Wohnungswesen und das Hochschulwesen — sind überhaupt nur in einer Reihe von Jahren lösbar.

Meine Damen und Herren! Die Voraussetzung einer erfolgreichen längerfristigen Budgetpolitik aber bleibt große Flexibilität und die Möglichkeit, Fehlplanungen zu korrigieren, statt sie als Strukturmängel in alle Zukunft mitzuschleppen.

Es soll an dieser Stelle nicht verschwiegen werden, daß der im August erschienene Bericht der OECD über Österreich an unserer Wirtschaftspolitik zum Teil sehr harte Kritik geübt hat. Es sei versäumt worden, heißt es in diesem Bericht, dem währungspolitischen Ziel und dem Ziel der Förderung des Wirtschaftswachstums langfristig den Vorrang einzuräumen. Rechtzeitigkeit und Koordination der wirtschaftspolitischen Entschlüsse erweisen sich in Österreich als schwierig. Das wissen wir. Groß war der Erfolg der aktiven, die Staatsausgaben und die öffentlichen Investitionen vermehrenden Konjunkturpolitik, groß waren aber auch dann die Schwierigkeiten, diese expansive Budgetpolitik rechtzeitig in eine restriktive umzuwandeln, als ein neuer Konjunkturaufschwung begann. Unleugbare Strukturschwächen halten nun das Wirtschaftswachstum weit unter dem 5,1prozentigen Durchschnitt der Jahre 1955 bis 1961. Insbesondere erwähnt der Bericht unter diesen Schwächen den Kapitalmarkt, der in bedenklichem Ausmaß vom Fiskus blockiert wird und dessen Aktivierung dazu beitragen müßte, die verfügbaren Spareinlagen mit Hilfe eines

freieren Spiels der Kräfte besser dorthin zu lenken, wo Risikokapital gebraucht wird.

Zur Notwendigkeit einer wachstumsbewußten Politik sei abschließend festgestellt, daß das Wirtschaftswachstum an sich und für sich allein für uns von der Österreichischen Volkspartei noch kein genügend genau fixiertes Ziel ist. Eine hohe Investitionsrate und ein Wachstum der Wirtschaft weisen auch die kommunistischen Staaten auf.

Das Wirtschaftswachstum kann auch durch dirigistische Maßnahmen erzwungen werden. Das geht dann allerdings auf Kosten der Konsum- und Investitionsfreiheit, und das wieder führt, wie die Praxis zeigt, letzten Endes dazu, daß der Grundwert der Freiheit nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im kulturellen und gesellschaftlichen Leben auf dem Altar staatlicher Planziffern geopfert werden muß.

Wirtschaftswachstum kann aber auch durch marktkonforme Maßnahmen gefördert werden. Voraussetzungen dafür sind das Vertrauen zur Währung und die private Spartätigkeit. Unter diesen Voraussetzungen können die Konsumfreiheit und auch die Investitionsfreiheit weitgehend gewahrt bleiben. Die Erfolge einer wachsenden Wirtschaft finden ihren Niederschlag in noch größeren privaten Ersparnissen und in noch breiter gestreutem persönlichem Eigentum. Es wächst nicht nur der Baum der Wirtschaft in die Höhe, auch die Eigentumswurzeln der Freiheit werden stärker, und damit nimmt auch die Widerstandsfähigkeit jeder freien Gesellschaft gegen die Stürme der Totalität zu. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Afritsch: Botanisch ausgedrückt! — Abg. Dr. Migsch: Aber falsch!*)

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei ist bereit, der Sozialistischen Partei so wie in den schwersten Jahren der Besetzung die Hand zur gemeinsamen Verteidigung der Freiheit dieses Landes und der Freiheit seiner Menschen zu reichen. (*Abg. Probst: Sie werden es schwer haben, Herr Finanzminister, wenn Sie das alles machen müssen! Da gratuliere ich Ihnen schon heute dazu! — Abg. Dr. Migsch: Wir nehmen Sie beim Wort!*)

Herr Minister Probst! Mir scheint, es ist Ihnen wirklich nicht-recht, wenn eine Rede gehalten wird, die Sie nicht zu Provokationen veranlaßt. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Probst. — Gegenrufe bei der ÖVP. — Unruhe. — Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen. — Zwischenrufe der Abg. Czettel und Dr. Migsch.*) Herr Minister Probst, wie Sie es haben wollen! (*Weitere Zwischenrufe bei den Sozialisten.*)

Wir haben aber auch, meine sehr geehrten Damen und Herren — und das sage ich jetzt

**Dr. Withalm**

zu Ihnen von der Sozialistischen Partei —, nicht nur etwas zu verteidigen, sondern wir haben auch sehr viel zu gewinnen: das ist die Zukunft unseres Landes, das ist die Bewährung seiner Lebensfähigkeit im wirtschaftlichen Wettbewerb des größeren Europa, sein wachsender Wohlstand, der nicht die schon Besitzenden dieses Landes enterben, sondern die Enterbten früherer Jahrhunderte zu Eigentümern machen soll, und die Anreicherung unseres großen Erbes durch kulturelle Leistungen der Gegenwart und der Zukunft, mit denen wir auch als kleines Volk der technisch-industriellen Welt noch den Stempel österreichischen Geistes aufprägen können. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Stachel der Not, der uns 1945 zu gemeinsamem Handeln zwang, sitzt heute viel weniger tief als damals. Wir können aber unserer Jugend nicht ein Österreich in zwei Hälften — etwa in einer schwarzen und einer roten Reichshälfte — übergeben. Dieses Land wird nur dann eine Zukunft haben und als Ganzes bestehen bleiben, wenn die großen politischen Kräfte dieses Landes auch den Stachel der gemeinsamen Verantwortung fühlen und nicht nur der Not gehorched oder der eigenen Partei zuliebe, sondern für Österreich handeln. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Altbundeskanzler Ing. Raab hat einmal die beiden großen Regierungsparteien — wir erinnern uns alle daran — mit einem Rappen und einem Fuchs verglichen, die vor den österreichischen Wagen gespannt sind. Ich möchte diesen Vergleich aktualisieren (*Abg. Afritsch: Jetzt sind wir in der Zoologie, vorher war es die Botanik!*): Es gibt derzeit kein drittes gleichstarkes Pferd, das man anstelle des einen oder anderen vor diesen Wagen spannen könnte. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Dr. van Tongel: Ist der Ausdruck Pferd für die bisherigen Koalitionspartner symbolhaft?* — *Abg. Dr. Kandutsch: Wenn die Pferde auseinanderziehen, dann kann auch ein Fohlen etwas ausmachen!* — *Lebhafte Heiterkeit.* — *Ruf bei der ÖVP: Das kann höchstens ausschlagen!* — *Weitere Zwischenrufe.*) Herr Kollege Dr. Kandutsch! Sie stammen ja so wie ich vom Land, und Sie wissen ganz genau, daß man auf die Fohlen immer sehr aufpassen muß. (*Heiterkeit.* — *Weitere Zwischenrufe.* — *Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner gibt das Glockenzeichen.*)

Meine Damen und Herren! Es mag in den Reihen der Sozialistischen Partei manche geben, denen ich als Politiker nicht sympathisch bin. Vielleicht beruht das in dem einen oder anderen Fall sogar auf Gegenseitigkeit. (*Abg. Afritsch: Das ist unchristlich!*) Aber die Demokratie ist doch die Staatsform, in

der es zulässig ist, sich zu großen gemeinsamen Zielen zu bekennen und doch verschiedener Meinung zu sein. Nur eines ist nicht zulässig: denen, die anderer Meinung sind, allein deshalb den Respekt zu versagen. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Czettel: Ihr Wahlprogramm!* — *Abg. Dr. Migsch: Sie sind doch der Schuldige!* — *Abg. Weikhart: Sie strafen sich doch selber Lügen!* Sie waren es, der Zwittertach in den Wahlkampf hineingetragen hat! Sie haben das noch bestätigt! Sie sind es doch!) Ich bin jederzeit bereit. Meine Damen und Herren! Ich glaube, heute doch bewiesen zu haben, daß ich, wie ich eingangs gesagt habe, wirklich einen nüchternen und trockenen Beitrag, einen konstruktiven Beitrag zu einer Budgetdebatte liefern wollte. (*Abg. Rosa Weber: Nüchtern war das nicht!* — *Abg. Weikhart: Oberlehrer brauchen Sie dabei nicht zu spielen!*) Ich bin fast am Ende meiner Rede und ich glaube, wir bleiben dabei, wenn es auf mich ankommt. (*Abg. Weikhart: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!*) Wenn Sie es nicht wollen, meine Damen und Herren, wir können es auch anders.

Wer in unser Volk hineinhört, der wird gleich mir feststellen (*Abg. Afritsch: Jeder hat sein Volk!*), daß die Österreicher keinen übertriebenen Wert darauf legen, daß der Rappe und der Fuchs, die vor den österreichischen Wagen gespannt sind, womöglich Liebkosungen austauschen. Aber eines sollen sie nach Meinung der Leute, nach Meinung des Volkes: nicht auf der Stelle treten und nicht streiten, sondern ziehen! Und dazu sind wir bereit! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Österreichische Volkspartei ist nach wie vor dazu bereit, ihre nach 18 Jahren Regierungsverantwortung keineswegs erschöpfte, sondern vom Vertrauen der Wähler immer wieder erneuerte Kraft zusammen mit der Sozialistischen Partei in den Dienst dieses Landes zu stellen. Das Budget 1964 ist ein Kompromiß, der hart an der Grenze der bisherigen Zusammenarbeit erzielt wurde. Gerade das aber sollte uns ein Ansporn zu einem gemeinsam zu erarbeitenden längerfristigen Budgetkonzept und zu einer ehrlichen und echten Erneuerung der Zusammenarbeit sein. (*Abg. Jonas: Können wir doch auf Ihre Unterschrift hoffen, Herr Doktor?* — *Abg. Weikhart: „Ehrlich und echt“!*) Jawohl, Herr Staatssekretär Weikhart! Wenn wir zu dieser echten und zu dieser ehrlichen Zusammenarbeit kommen, wenn wir dazu wirklich kommen (*Abg. Probst: Das ist der Unterschied: Was „echt“ ist, bestimmt er!*), dann, glaube ich (*Abg. Probst: Was „ehrlich und echt“ ist, bestimmen nur Sie!*), tun wir alles, was das Wachstum der gesamten öster-

1336

Nationalrat X. GP. — 27. Sitzung — 4. November 1963

**Dr. Withalm**

reichischen Wirtschaft fördert (*Abg. Weikhart: Tun Sie das! — Abg. Glaser: Sagen Sie das auch dem Vizekanzler Pittermann, Herr Kollege Weikhart!*), dann unterlassen wir aber auch wirklich alles, was dieses Wachstum hemmen oder stören könnte. (*Abg. Probst: Nur mit dem Unterschied: Was „ehrlich und echt“ ist, bestimmen Sie!* — *Abg. Glaser: Sie bestimmen es nicht!* — *Abg. Probst: Ich habe es nicht behauptet, behauptet hat er es!*) Bedenken wir diesen Grundsatz und halten wir uns danach! (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Herr Minister Probst, Sie werden uns nicht sagen, was echt und was ehrlich ist. Wir erklären Ihnen, daß wir zu einer echten, ehrlichen Zusammenarbeit immer bereit waren, bereit sind und bereit sein werden. Das müßte Ihnen an und für sich genügen.

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner** (*das Glockenzeichen gebend*): Meine Herren Abgeordneten! Ich bitte, den Redner seine Ausführungen abschließen zu lassen. (*Abg. Weikhart: Sie waren nicht bereit, zu unterschreiben!*)

Abgeordneter Dr. Withalm (*fortsetzend*): Herr Staatssekretär Weikhart! Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Darüber habe ich Ihnen keine Rechenschaft abzulegen, ob ich unterschrieben habe oder nicht. (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Mark: Ehrlich ist das nicht!* — *Abg. Weikhart: Wir zweifeln Ihre Ehrlichkeit sowieso an!*) Ich möchte abschließend ... (*Abg. Kostroun: Darum sind Sie ja so unglaublich in allen Ihren heutigen Ausführungen!* — *Anhaltende Zwischenrufe.*) Das überlassen Sie ruhig mir. Ich glaube, Herr Kollege Kostroun ...

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Ich bitte, die Zwischenrufe einzustellen.

Abgeordneter Dr. Withalm (*fortsetzend*): Bei uns jedenfalls ist zum Ausdruck gekommen, daß in unserem Parteivolk offensichtlich die Meinung bestanden hat, daß Withalm doch nicht ganz so unglaublich ist, sonst wäre,

glaube ich, die Entscheidung auf dem Parteitag bei uns in Klagenfurt nicht zustande gekommen! (*Beifall bei der ÖVP.* — *Abg. Uhlir: Nur nicht eitel werden, das ist gefährlich!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte, obwohl Sie offensichtlich auch ruhige Ausführungen nervös machen können — was der Verlauf der heutigen Debatte beweist (*Heiterkeit bei der ÖVP* — *Abg. Weikhart: Immer überheblich!*) —, trotzdem mit dem Satz schließen, den ich mir vorgenommen habe. Ich habe darauf hingewiesen, daß wir alles tun sollen, was das Wirtschaftswachstum in Österreich fördert, daß wir alles unterlassen sollen, was dieses Wachstum stören oder hemmen könnte. Wenn wir wirklich bereit sein sollten, uns an diesen Grundsatz zu halten, alles für die Förderung des Wirtschaftswachstums zu tun und alles zu unterlassen, was dieses Wachstum hemmen könnte, und wenn wir diese Grundsätze bedenken, vor allem wenn wir darangehen, neue Gesetze zu beschließen, so wird es uns dann leichter fallen, in kommenden Jahren Budgets zu beschließen.

Die Österreichische Volkspartei wird jedenfalls dem Bundesfinanzgesetz 1964 zustimmen. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

**Präsident Dipl.-Ing. Waldbrunner:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Ich bitte jene Frauen und Herren, die ihre Zustimmung geben, die Regierungsvorlage, betreffend das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1964, dem Finanz- und Budgetausschuß zuzuweisen, sich von den Sitzen zu erheben. — Ich danke. Das ist einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung des Nationalrates findet voraussichtlich Mittwoch, den 20. November, 11 Uhr vormittag, statt. Eine schriftliche Einladung wird noch ergehen.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 16 Uhr 50 Minuten**